

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Mauer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingewandindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Altpfalterer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends  
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgebühren)  
Bestellungen nur durch die Post  
Schluß des Ablasses: Montag früh

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauwerksbund**  
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.  
Arbeitsmarkt die dreispaltige Kleinzeile 3 M.,  
Anzeigen der Bauwerkschaften Zeile 50 S.

## Pressestimmen über den Kampf um die Arbeitslosenversicherung.

Stimmen aus der Gewerkschafts- und Arbeiterpresse.

In Nr. 42 des „Grundstein“ haben wir das Ergebnis des Kampfes um die Arbeitslosenversicherung als ein Fiktionsergebnis bezeichnet, dessen Hauptergebnis aber immerhin zu merken sei als eine Zurückweisung sehr weitgehender Verschlechterungsbestrebungen der Unternehmer und ihrer Parteien sowie der parlamentarischen Sachverständigenkommission. „Es soll nicht verkantet werden, daß das neue Gesetz Bestimmungen enthält, die besonders den Saisonarbeitern Verschlechterungen bringen. Andererseits darf aber auch nicht übersehen werden, daß der Ausgang des Kampfes keine Niederlage für die Arbeiterschaft ist.“ Diese Worte sprechen aus, was ist; sie würdigen die gegebenen Verhältnisse in den gesetzgebenden Körperschaften, die nichts als eine Arbeiter-, geschweige eine sozialistische Mehrheit aufweisen, und werden das Endergebnis des Kampfes als einen beachtenswerten Abwehrerfolg, den Gewerkschaften und Sozialdemokratie buchen können. Denn die Arbeitslosenversicherung als solche und auch die allgemeinen Versicherungsleistungen sind erhalten geblieben. Alle Verschlechterungen sind gegen den Willen der Gewerkschaften beschloffen worden, und wenn die sozialdemokratische Fraktion diesen und jenen Veränderungen zustimmte, dann mußte sie es tun, um weitreichendere Verschlechterungen zu verhüten.

Unser Protest gegen die Schlechterstellung der sogenannten Saisonarbeiter ist frühzeitig, oft, und auch noch in letzter Stunde — leider vergeblich — erhoben worden. Er wird auch heute noch aufrechterhalten! Das Ziel unseres Bundesvorstandes ist die Sicherung des Lebensunterhaltes der arbeitslosen Bauarbeiter auf der Grundlage sozialer Gleichberechtigung in der Arbeitslosenversicherung. Die parlamentarisch gesetzgebende Grundlage für dieses Ziel muß aber — dessen sei sich jeder stets bewußt! — die Arbeiterschaft durch Herbeiführung einer sozialistisch-gewerkschaftlichen Mehrheit im Reichstag schaffen.

Nachdem nunmehr eine schon hinter uns liegende Etappe im Kampf um eine endgültige Gestaltung der Arbeitslosenversicherung überschritten worden ist, wird es interessanter, auch an der Stimmen zu hören. Wir lassen zunächst solche aus der freien Gewerkschafts- und Arbeiterpresse kommen. „Der Zimmerer“ schreibt zum Abschluß des Kampfes um die Arbeitslosenversicherung: „Man muß sich immer vor Augen führen, daß die politische Interessenvertretung der freien Gewerkschaften im Reichstag rein zahlenmäßig durchaus unzulänglich ist. Von 401 Mitgliedern des Reichstages sind 153 Sozialdemokraten. Da man nun, um Gesetze zu machen, über eine Mehrheit im Parlament verfügen muß, galt es, diese Mehrheit zu suchen, wobei naturgemäß auch auf die Forderungen dieser für die Mehrheitsbildung im Parlament notwendigen Parteien sowie Rücksicht genommen werden muß, wie das von unserem Standpunkt überhaupt möglich und zu verantworten war. Von diesem Standpunkte aus muß man die Novelle erwarten. Das neue Gesetz ist ein Kompromiß, das uns zwar längst nicht befriedigt, das ganz und gar nicht unseren Wünschen entspricht, gegen das wir uns wegen seiner Tendenz — der Sonderbehandlung baugewerblicher Arbeiter gegenüber allen übrigen Versicherten — mit Entschiedenheit wenden müssen. Eines müssen wir anerkennen: Es gelang, das Schlimmste abzumehren, die Scharfmacher aller Schaffungen konnten ihren Willen nicht durchsetzen. Im Unternehmerlager herrscht Mißstimmung ... Auch die baugewerblichen Arbeiter haben allen Grund, mit der Neueinrichtung unzufrieden zu sein. Kurzum, an der Novelle zum Gesetz über Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung hat niemand Freude, am allerwenigsten die Gewerkschaften. Die Zuschüsse, die das Reich erneut der Arbeitslosenversicherung geben muß, werden den Unternehmern willkommener Anlaß sein, erneut gegen das Gesetz anzukämpfen. Aus diesen Gründen haben wir alle Ursache, auf dem Posten zu sein, um neue Anschläge abzumehren.“ „Der Maler“, das Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weichbinder, schreibt unter der Überschrift „Der Sieg des Prinzips“: „Das Ergebnis wird weder die Gesetzgeber selbst voll befriedigen, noch wird es auf die ungeteilte Zustimmung im Volke rechnen dürfen. Und es wird schließlich auch nicht als endgültige Lösung der Probleme im Sinne der finanziellen

Sicherung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu bewerten sein.“ „Der Maler“ schließt seinen Epithetaussatz wie folgt: „Alle Angriffe der extremen Parteien konnten die angestrebte Beseitigung der Arbeitslosenversicherung oder auch nur die Ausgestaltung der sogenannten Saisonarbeiter nicht zustande bringen. Das ist der Sieg des Prinzips der Arbeitslosenversicherung. Der Kampf der Arbeiter um die Sozialversicherung geht weiter, und die Arbeiterschaft wird trotz aller Gegenwehr der vereinigten Sozialreaktion Sieger bleiben, wenn sie einig und geschlossen hinter ihren Gewerkschaften steht.“ Die „Dachdecker-Zeitung“ dankt es der „Festigkeit“ der Sozialdemokratie, daß auch nach der Novelle die alten Regelsätze der Arbeitslosenversicherung unverändert bleiben ohne Rücksicht darauf, ob der Erwerbslose 52 Arbeitswochen zurückgelegt hat oder nicht. Wir haben Ursache, das alles richtig einzuschätzen und anzuerkennen. Nichtsdestoweniger: daß die Beitragssfrage ungeklärt blieb, wird aber im Dezember die Frage scharf noch einmal aufzuwerfen lassen, ob nicht weitere „Ersparnisse“ zu erzielen sind. So bleibt neben unserer eigenen Degradierung zu Unterfüßlingsempfängern zweier Klasse immer noch ein großer Rest zu fragen peinlich.“ — Indem „Der Steinarbeiter“ zum Abschluß des parlamentarischen Kampfes um das Arbeitslosenversicherungsgesetz die Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abdruckt, gibt auch er zu erkennen, daß er mit dem Vorgehen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden ist. — Das Organ des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer „Deutscher Maschinist und Heizer“ läßt sich wie folgt vernehmen: „Der Enkmpf um die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung ist geschlagen, siegreich geschlagen. Mit tausend Mästen schiffe der Jüngling sich ein; still, auf getretem Boot freibt in den Hafen der Greis.“ So ungeheißer stellt sich die Lage der reaktionären Parteien und ihrer Hintermänner dar, die ehrlich befreit waren, der deutschen Sozialpolitik den Todesstoß zu versetzen. Es ist herzlich wenig nachgeblieben, was die Unternehmer in ihren Scheuern bergen dürfen. Angeheuer hart war der Kampf der letzten Wochen; die deutsche Arbeiterschaft hat alle Ursache, ihren führenden Männern für die geleistete Arbeit zu danken. Daß die Beratungen und Verhandlungen über das Gesetz sogar eine Regierungskrise durchaus möglich erscheinen ließen, zeigt den ganzen Ernst der Situation. Es war ein Verteidigungskrieg, der geführt werden mußte, um die Angriffe abzuwehren. Die sofortige Erhöhung der Beiträge ist ein Widerstand der Deutschen Volkspartei gescheitert, und es war leider auch in dieser wichtigen Arbeiterfrage nicht möglich, die fehlenden volksparteilichen Stimmen durch die der kommunistischen Fraktion auszugleichen, so daß die endgültige Beitragsregelung noch folgen muß. Da die Arbeitslosen unter diesen parteipolitischen Widerständen von rechts und links nicht leiden dürfen, so muß der entsprechende Fehlbetrag durch die Reichskasse aufgebracht werden.“

Das sind Stimmen in der Hauptsache aus der gewerkschaftlichen Bauarbeiterpresse. Bemerkenswert ist ihr Bedauern, daß im Reichstage nicht die Beitragserhöhung durchgesetzt werden konnte. Auch diese Zeitungen nehmen also gleich dem „Grundstein“ einen Standpunkt ein, der im Jargon der kommunistischen Presse „Arbeiterverrat“ sein soll.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“, Organ des ADGB, schreibt zu den Veränderungen in der Arbeitslosenversicherung: „Wer die Beschlüsse prüft, darf nicht vergessen, was die Gegner forderben. Ganze Arbeitergruppen, besonders die Heimarbeiter und Saisonarbeiter, sollten von der Versicherung ausgeschlossen werden ... Gewiß, viele der Beschlüsse gefallen uns nicht. Nimmt man aber die Beschlüsse im ganzen und mißt man sie an den aufgestellten Forderungen und der die Offenlichkeit aufpeitschenden Heße, dann können die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei von dem Ausgang des Kampfes befriedigt sein.“ Die „Gewerkschafts-Zeitung“ schließt ihren Aufsatz mit folgenden Worten: Wir sind nicht der Meinung, daß der Abschluß des Kampfes um die Arbeitslosenversicherung einen „Erfolg der Gewerkschaften auf der ganzen Linie“ bedeutet, wie die Reichspresse heult, aber wir sind der Meinung, daß sich die Annahme

dieser Reformvorschlüge aus der gesamten innen- und außenpolitischen Situation rechtfertigt.“

Noch einige Stimmen nichtbaugewerblicher Gewerkschaftszeitungen. „Der Proletarier“, die Zeitung des Fabrikarbeiterverbandes, stellt in seinem Leitartikel abschließend fest: „Das Resultat des schweren Kampfes der Sozialdemokratischen Partei gegen den schlechten Willen rechts und gegen Demagogie links ist die Rettung der Arbeitslosenversicherung. Die deutsche Arbeiterschaft stellt an Zahl die große Majorität des deutschen Volkes dar. Politische Reife und entsprechendes Handeln bei den Parlamentswahlen kann die Situation von Grund auf so ändern, daß die Sozialversicherung überhaupt kein Kampfobjekt mehr sein wird.“ Die Zeitung der größten deutschen Gewerkschaftsorganisation, die „Metallarbeiter-Zeitung“, erkennt ebenfalls an, daß es der sozialdemokratischen Fraktion „nach langwierigen Verhandlungen“ gelungen ist, den ursprünglichen Regierungsentwurf hie und da zu verbessern; aber die Bemühungen waren leider nicht erfolgreich genug, Verschlechterungen des bisher geltenden Gesetzes abzuwehren. Mit dem mühsam Erreichten mußte sie sich abfinden, um Schlimmeres zu verhüten. Durch diesen Ausgang ist zwar einiges, aber noch nicht viel gewonnen. Denn ohne die Beitragserhöhung sind die Einnahmen der Reichsanstalt mit den Ausgaben nicht in Einklang gebracht. Die Reichskasse wird wieder aufstocken müssen. Diese Mißlichkeit und noch andere Gründe werden den nun mit Ach und Krach überglippen Streit in ein paar Monaten wieder neu aufleben lassen ... Zu welchem lieblichen Zwecke sich jetzt die Volkspartei der Stimme enthielt, und das Zentrum in die Vertagung der Beitragsänderung einwilligte, ist leicht zu erraten. Die gesamte Arbeiterschaft wird sehr gut tun, sich auf einen neuen Gewaltstreik ihrer halben und guten Feinde geseizend vorzubereiten. Und in einer Betrachtung „Nach der Entscheidung des Reichstages“ in einer späteren Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ wird ausgeführt: „Immerhin müssen wir bekennen, daß die Abwehr besser gelangt zu sein scheint, als nach mancher Erfahrung mit dem Reichstag oder dem Nachverhältnis seiner Parteien angenommen werden konnte. Wir wollen gerne anerkennen, daß dies in sehr hohem Maße dem beharrlichen Widerstand der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken ist. Ihr ist es vornehmlich zuzuschreiben, daß der wilde Angriff der Großverdiener auf die Arbeitslosenversicherung in seinen Anfängen stecken blieb, und ihr ist es auch zuzuschreiben, daß die sehr unsicheren Kantonten der bürgerlichen Linken nicht vollends zur Reaktion abzuweichen. Den starken Rückhalt der sozialdemokratischen Fraktion bildeten die Gewerkschaften. Sie haben eine erstreute Lebendigkeit im Kampfe gegen die Sozialreaktion bewiesen, aus allen Ecken und Enden der Gewerkschaftswelt kamen unangesehnt Zeichen der Entschlossenheit, den Todfeinden der Arbeiterklasse und ihren politischen Claqueuren diesmal, koste es was es wolle, ein unvergeßliches Lächeln aufzuspielen. So haben denn die Gewerkschaften an der Zurückweisung des befehligen Unternehmens ihr vollgerücktes Teil. ... Der Erfolg der sozialdemokratischen Fraktion und der Gewerkschaften liegt im wesentlichen im Negativen, in der Verhütung des mit aller Rücksichtslosigkeit und Unerschrockenheit betriebenen Abbaues der Arbeitslosenversicherung. Es sollten 280 Millionen Ersparnisse gemacht werden, 100 Millionen sind es bloß geworden. Gemiß, selbst wenn man zugeben muß, daß ein erheblicher Teil von diesen 100 Millionen keine tatsächliche Schädigung der wirklichen Erwerbslosen bedeutet, so bleibt dennoch ein großer Freibrief in tragender Reif. Es sei nur an die Verschlechterung der Unterfügung und „Zerfalls“ erinnern ... Aber diesen üblen Rest hätte es schwerlich gegeben, wenn die Sozialreaktion durch weniger Agenten im Reichstage vertreten wäre. Welche Folgerungen die Arbeiter daraus zu ziehen haben, braucht jetzt wohl nicht dargelegt zu werden.“ — Unter dem symbolischen Titel „Reich beschädigt“ schreibt die Zeitung des Verbands der Bauwerksbünde, „Deutscher Bauwerksbunde“: „Während die Kommunisten auf Beseitigung der Versicherung und ihre Ersetzung durch die Armenunterfügung drängen, legen sich die Unternehmer „weise Beschränkung“ auf, Unterfügungssätze zu fordern, die eine







### Aus der Sozialgesetzgebung

**Zum Kampf um die Invalidenrente.** Der Kollege Rudolf Schumacher schreibt uns aus Gera: Ich verunglückte am 14. April 1927 dadurch, daß ich ohne mein Verlangen von einem Auto überfahren wurde. Ein Oberschenkelbruch war die Folge. Ich wurde ins Krankenhaus geschickt. Daß ich der Fahrer des Autos, ein Konditor- und Kaffeehausbesitzer, nicht mehr um mich kümmerte, ist bei solchen Leuten selbstverständlich. Es wurde dann ein polizeiliches Protokoll aufgenommen, wonach dem Fahrer des Autos an dem Unfall keine Schuld beigemessen war. Ich selbst wurde nicht vernommen. In der dann folgenden Klage sagten Zeugen zu meinen Gunsten aus. Nach 26 Wochen wurde ich als erwerbsunfähig aus dem Krankenhaus entlassen. Man sollte nun meinen, daß ich sofort Invalidenunterstützung zu bekommen hätte, zumal ich doch bereits im Krankenhause beantragt hatte. Es kam anders. Erst im Jahre 1929 erhielt ich die vorübergehende Rente. Bemerkenswert ist dazu, daß mich der Amtsvoorfesher 1928 aufgefordert hatte, meinen Antrag auf Rentengewährung zurückzugeben. Ich habe das natürlich abgelehnt. Der Vertrauensarzt erklärte mich dann zu 50% erwerbsunfähig, obwohl ich es zu 100% war und mich bei einem anderen Arzt noch in ärztlicher Behandlung befand. So geht es dem, der Unglück hat. So ist für den Arbeiter geforgt bis ins hohe Alter!

### Aus den Baugewerkschaften

**Hamburg.** (Wilhelm Themar 80 Jahre alt) In selten körperlicher Frische vollendet am 14. November unser Wilhelm Themar sein 80. Lebensjahr. Im Jahre 1879 wurde er zum Vorstehenden der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maurer: „Grundstein zur Einigkeit“ gewählt. Auf diesem wichtigen Posten verblieb er auch, als die Kasse in eine Zuschußkasse umgewandelt werden mußte. Nach 46 Jahren ausdauernder Tätigkeit als Vorstehender der Kasse trat er dann im Alter von 76 Jahren im Juni 1925 in den verdienten Ruhestand. Themar ist einer jener wenigen Alten, die an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung gestanden, stets innerhalb der Bewegung bis ins hohe Alter ihre Pflicht erfüllt haben und sie noch heute erfüllen. Wir beglückwünschen unsern alten Kämpfer zu seinem Geburtsjubiläum auf das herzlichste und wünschen ihm auch fernerhin einen geruhigen Lebensabend!

**Reutlingen.** (Kommunistische Demagogie.) Der kommunistische Landtagsabgeordnete Fischer aus Reutlingen hielt in Reutlingen eine Versammlung unter den Erwerbslosen ab und stellte dabei folgende Forderungen als Aufgaben zur Arbeitslosenunterstützung auf: Zunächst soll eine Wirtschaftsprüfung von 40 M. für jeden zuschlagspflichtigen Familienangehörigen folgen weitere 10 M. gewährt werden. Als regelmäßige monatliche Zulage zur Arbeitslosenunterstützung soll gewährt werden: für einleibende Erwerbslose 90 M., für Ehepartner ohne Kinder 115 M., für Ehepartner mit einem Kind 125 M., mit 4 Kindern 180 M. Diese Forderungen wurden dem Gemeinderat Reutlingen zur Genehmigung vorgelegt. Selbstverständlich kann kein Gemeinderat derartigen Forderungen zustimmen, obwohl jeder Erwerbslose das Geld gebrauchen könnte. Aber es wird hier versucht, durch Aufstellung unmöglicher Wünsche einen Vorstoß zu unternehmen, da man ja in Reutlingen keinen Kommunisten auf dem Rathaus hat. Nun geht man auf den Dummengang. Herr Fischer sitzt in Reutlingen selbst im Gemeinderat, aber ein solcher Antrag ist dort noch nicht eingegangen. Ob im übrigen mit derartigen Anträgen den Erwerbslosen gedient ist, muß in Abrede gestellt werden. Wer den Erwerbslosen behilflich sein will, muß mit beiden Füßen auf dem Boden bleiben. Macht er etwas anderes, so wird das Los der Erwerbslosen nur geschädigt!

### Aus den Fachgruppen

**Olafser.** Dresden. In der Versammlung am 26. Oktober berichtet zunächst Kollege Leutzsch über den neu zusammengestellten Lohn- und Mantelvertrag, in den verschiedene Verbesserungen und Zusätze aufgenommen sind. Kollege Leipnig behandelte das Tarifwesen des Olafsergewerbes im allgemeinen und ging dann auf die einzelnen Positionen des nun für die Kollegen gültigen Tarifvertrages ein. Die Festlegung der Arbeitszeit und die Regelung der Bezahlung der Überstunden war dringend nötig, auch die Auslösungs- und Urlaubsbestimmungen sind endgültig festgelegt. Die Kollegen werden dringend ermahnt den Tarifvertrag überall streng einzuhalten. Dann wurde noch Stellung genommen zur Reichskonferenz. In der nächsten Versammlung, Anfang Dezember, soll über das Erwerbslosenförderungs-gesetz gesprochen und der Bericht von der Reichskonferenz gegeben werden. Darauf sei schon jetzt aufmerksam gemacht.

**Hollierer.** Stettin. In der Mitgliederversammlung am 26. Oktober wurde lebhaft geklagt, daß seit Wochen Hollierer aus anderen Bezirken in Stettin und der näheren Umgebung beschäftigt sind, ohne sich im Bureau der Baugewerkschaft Stettin zu melden. Man darf die Vermutung aussprechen, daß diese Kollegen ein schlechtes Gewissen haben, da einrichtiger überzeugter Kollege gerade bei auswärtiger Beschäftigung stets die Verbindung mit der Organisation auf dem schnellsten Wege herstellt. Im Hollierergewerbe mit seinen teils verstreuten Arbeitsplätzen ist eine Kontrolle der Kollegen sehr schwierig, deshalb müssen wir verlangen, daß jeder Kollege dieser Aufforderung nachkommt. Diese Anforderung gilt natürlich nicht nur für die Kollegen, die im Bezirk Stettin beschäftigt sind, sondern für die Kollegen im ganzen Reich. Insbesondere erluchen wir um Beachtung des § 10 R.F.V. Ziffer 2, wonach bei Beschäftigung mehrerer

Kollegen auf einer auswärtigen Baustelle unbedingt ein besonderer Delegierter gewählt werden muß. Die Wahl des Delegierten gibt die Gewähr, daß mindestens der Vertrag eingehalten und vor allen Dingen ein wachsameres Auge auf etwa vorhandene Unorganisierte gerichtet wird. Wir müssen im Interesse unserer Lohn- und Tarifpolitik von unseren Kollegen verlangen, den letzten unorganisierten Jollierer und Helfer dem Bunde zuzuführen.

### Töpfer und Fliesenleger.

**Gleiwitz.** Am 5. Oktober feierte die Ortsgruppe der Ofenseher in Sindenbrunne ihr 25jähriges Bestehen. Zur Verschönerung der Feier hatten die Kollegen ein dem Tage entsprechendes Theaterstück einstudiert, das bei guter Zuhörer-Aufmerksamkeit großen Anklang fand. Ein von der Tochter unseres Kollegen Scholz gut gesprochener Prolog fand allgemeine Zustimmung, er zeigte, wie schwer der Gewerkschaftskampf innerhalb der letzten 25 Jahre gewesen ist. Kollege Ernst Fuchs ermahnte, sich ein Beispiel an unseren alten Kollegen zu nehmen und ihrem Beispiel zu folgen. Dann überreichte er dem Kollegen Julius Witt die Ehrenurkunde; er hat dem Bunde bisher 25 Jahre lang die Treue bewahrt. Mit einem Hoch auf den Baugewerksbund und die Fachgruppe der Ofenseher wurde der festliche Teil des Abends geschlossen. Das Tanzbein wurde geschwungen bis in die frühen Morgenstunden.

**Hersfeld l. d. M.** Mit der Tonwarenfabrik Köhler ist für die Hilfsarbeiter ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Danach werden gewährt je Stunde für Männer 1,27 M., außerdem erhalten sie je Brand 1 M. Der Einleger erhält den gleichen Stundenlohn. Jugendliche Hilfsarbeiter unter 20 Jahre erhalten einen Stundenlohn von 80 %.

**München.** In ihren Mitteilungsblättern 8 und 9 berichtet die Spindlarkassen Fliesenleger Wundhöfischer Oberkanz über den Verlauf des Streiks in München. Dabei wird geschwunden, daß sich die Balken biegen. Auf die belanglose Sudelei näher eingehen, hiesie diesen Gewerkschaftsgruppen zu viel Ehre erweisen. Nur auf einiges sei hier eingegangen. Unter anderem wird berichtet, im Baugewerksbund organisierte Fliesenleger seien beim verflochtenen Streik als Streikbrecher tätig gewesen. Gegenüber stellen wir fest, daß von den rund 80 Mitgliedern unserer Fachgruppe kein einziger als Streikbrecher aufgetreten ist. Die in dem Sudeblatt genannten G. e. b. r. V. i. e. l. h. u. b. r. sind nicht unsere Mitglieder. Die G. e. b. r. S. c. h. u. e. r. aus Augsburg waren schon als „junge“ Mitglieder in Augsburg zu Einem von ihnen hat sogar auch schon bei den Spindlarkassen eine Galtrio gegeben. Auch die sonstigen Geschichten über die „verräterischen“ Baugewerksbänder sind Schwindel. Jedoch sei bemerkt, daß beim Streik in München der einzige Streikbrecher ein jahrzehntelanges Mitglied der Spindlarkassen war; er ließ sich während seiner Streikarbeit von einem biffigen Neberger bemoosen. Ein anderes Mitglied der Münchener Spindlarkassen wollte ebenfalls den Streikbrecher machen, bei den Vorarbeiten zum Fliesenlegen wurde er jedoch erwischt und davon abgehalten. Die sonst in der Sudeleschrift genannten Streikbrecher waren ausnahmslos Stämper oder frühere Fliesenleger, die sich „selbständig“ gemacht haben. Einer von den letzteren, der während des Streiks bis zum Zusammenbrechen geschuftet hat, war einst Vorstehender der Spindlarkassen. Wenig davon! Die im Baugewerksbund organisierten Fliesenleger wissen, was sie zu tun haben. Wir wissen, hätten wir eine Einheitsorganisation in München wie in Nürnberg, dann könnten wir andere und bessere Lohnforderungen verlangen. Die Spindlarkassen sind anderer Meinung. Sie glauben, durch Zerplitterung, Schimpfereien und Verleumdungen mehr zu erreichen. Ueberlassen wir sie ihrem Schicksal!

### Ofenseher.

**Mecklenburg-Strelitz Land, Stargard und Penzlin.** Für das Ofensehergewerbe ist ein neuer Lohn- und Arbeitsvertrag geschlossen worden. Der Tarif ist auf einen Stundenlohn von 1,08 M. ausgebaut und muß stets 5 % höher sein als der Maurerlohn. Dem Akkordtarif liegt die Halbkachelberechnung zugrunde, und zwar werden sämtliche Halbkacheln der Vorder- und Stirnseite mit 27 % und bei freistehenden Ofen die zweite Stirnseite mit 14 % je halbe Kachel berechnet. Der Tarif gilt vom 1. November 1929 bis 31. Dezember 1930.

**Ofenseher stellt ein: Alfred Thomas, Sonnerstraße (D.-Z.).**  
Ein Ofenseher, der sauber und fleißigst arbeitet, ist er gesucht. Kraft und Logis im Saale. Frau. Jungens, Ofenseher, Entlangens i. Ban.

### Vom Bau

**Dortmund.** (Baunärrfälle.) In den Gebäuden der alten Zinkhütte werden von der Firma Köllike Reparaturarbeiten ausgeführt. Der Maurer Heinrich Hüwel war am 14. Oktober mit dem Zumauren einer Öffnung, 1,00x0,70 Meter groß, am östlichen Gebiet des Kupferlagers beschäftigt. Die Höhe der Arbeitsstelle war 5 Meter. Hüwel hatte zur Ausführung dieser Arbeit ein doppeltes Bodengerüst aufgestellt. Das Bodengerüst stand auf einem 80 Zentimeter hohen Ausgleicherfuß. Auf diesem Ausgleicherfuß standen zwei 1,75 Meter hohe Böcke. Auf den Böcken war Bretterbelag. Darauf standen wiederum zwei 1,35 Meter hohe Böcke. Hüwel hatte die Öffnung fertiggestellt und war mit dem Absteigen beschäftigt. Hierbei stürzte er vom Gerüst und zog sich eine Kopfverletzung zu. Er wurde ins Verinderkrankenhaus gebracht und ist am 17. Oktober gestorben. — Am 10. Oktober verunglückte bei der Firma Josef W a m e i l e r, Dortmund-Mitte, auf der Baustelle Siedlung Von-der-Samm-Strasse ein Arbeiter, als er an dem Aufstieg die Karren ablassen wollte. Jedenfalls haben den Kollegen die Karrenbäume beim Anheben aufgefallen und 7 Meter tief hinabgeschleudert. Er hatte beide Beine gebrochen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Auf der gleichen Baustelle geschah einen

Tag später bei der Firma Fröh Graf ein Unfall dadurch, daß von einer Balkendecke, die erst zwei Tage gestanden hatte, die Stützen entfernt wurden. Als der Poller und ein Maurer die Decke betreten, stürzten sie eine Etage tiefer. Der Maurer erlitt erhebliche Verletzungen und wurde zum Krankenhause gebracht, der Poller kam glücklicherweise weg und konnte seine Arbeit fortsetzen. Alle diese Unfälle könnten vermieden werden, wenn mehr Sorgfalt an den Tag gelegt worden wäre. — Ein weiterer Unfall ereignete sich am 17. Oktober am Gartenberghaus, wobei zwei Mann verunglückten. Die Giebelwand bestand aus sechs Pfeilern 60x30 und Zwischenstrebem von 2,50 Meter, 1/2 Stein stark, ungefähr 16 Meter lang und 8 Meter hoch. Infolge Facharbeiter hierzu zu nehmen, wurde diese Arbeit von Hilfs- und Kurzarbeitern ausgeführt, für gar keine Ahnung von dieser Arbeit hatten. Denn sonst hätte es nicht vorkommen können, daß die Wand von der Innenseite angebohrt wurde, um dann mit einer Winde umgeworfen zu werden, obwohl die Wand nach der entgegengesetzten Seite fallen sollte. Die Schuld an diesem Unfall trifft besonders die Städtische Hofverwaltung, die die Aufsicht und Aufsicht der Arbeit hatte. Wäre Verlässlichkeit vorhanden und Fachleute angestellt gewesen, dann wäre auch dieser Unfall nicht vorgekommen. Über auch die dort beschäftigten Arbeiter trifft viel Schuld. Wären sie organisiert, dann könnte vieles gebessert werden. Deshalb treten wir in den deutschen Baugewerksbund! Nur dann ist es möglich, bessere Zustände zu schaffen!

### Allgemeine Rundschau

**Der „Immenhof“ und sein Wiederaufbau.** Der Brand im Berufsverbandshaus „Immenhof“ in der Lüneburger Heide droht eine hoffnungsvolle, vielversprechende Arbeit der Arbeiterbewegung zu unterbrechen, wenn nicht von außen Hilfe kommt. Das Hauptaugenmerk ist bis auf die Grundmauern vernichtet. Die Versicherungssumme reicht leider nicht aus, um an die Stelle des wunderbaren Gebäudes, dessen Kulturwert kaum ersetzt werden kann, einen schlichten, modernen Zweckbau zu errichten. Der Immenhof ist ein Berufsverbandshaus für junge Proletarierkinder, die irgendwo unter der Mühsal der Verhältnisse Schaben gelitten haben. Für ihre Erziehung zu körperlicher, geistiger und seelischer Gesundheit, zu Kraften, die für die Gemeinschaft wertvoll sind: Sauschulstehre mit Kochen, Backen, Einmachen, Wäscherei und Bügeln, Sauspaß und Pflege des Hausrats, ferner Weiß- und Kleidernähen, Landwirtschaft mit Kleintierzucht und Gärtnerlei, Kinderpflege und häusliche Krankenpflege, Vorbereitung zum Kindergarteninnen- und Hofnerinnenberuf. — Aber die wichtigste Bestimmung des Immenhofes ist es, die jungen Mädchen, die aus traurigen Verhältnissen kamen, durch eine liebevolle, vernünftige Erziehung körperlich und seelisch zu heilen. Die missliche Wirtschaftslage, die allgemeine Erwerbslosigkeit und die Wohnungsnot gefährden heute noch mehr als früher die Kinder des Proletariats. — Die Arbeiterbewegung geht bei ihrem Werk von dem Gedanken aus, daß sich die Arbeiterbewegung bei ihrem Kampf um die Reform der Fürsorgeerziehung nicht auf die Forderung an die Gesetzgebung und Verwaltung beschränken darf. Neben die Theorie müssen wir die praktische Erfahrung stellen, die nur in praktischer Arbeit zu erlernen ist. Mit dem Immenhof ist manche Arbeit verbunden, die uns für unsere jungen Mädchen als Mittel zum Zweck dient, zugleich aber eine eigene gute Aufgabe erfüllt. Körperlich schwächlich, gebliebene, schulentlassene Kinder werden gesund gepflegt, geschult, zurückerlebene Kleinkinder, die ergebnisloser Pflege und Aufsicht bedürfen, bieten vollkommenen Gelegenheit, bei den unserer Erziehung anvertrauten jungen Mädchen wertvolle menschliche Eigenschaften zu wecken und zu fördern. In einer Haushaltungsschule werden neben den schwer erziehbaren seelisch gesunde, gut erzogene Mädchen unterrichtet. Arbeits- und Lerngemeinschaft der gefunden und gefährdeten Jugend erweist sich als außerordentlich gut und heilsam. Neben den Erzieherinnen verbringen junge Praktikantinnen, d. h. Arbeiterkinder, die in die moderne Wohlfahrtspflege wollen, einen Teil ihrer praktischen Lehrzeit auf dem Immenhof, wo sie durch die Eigenart des Betriebes eine sehr gute und vielfältige Lehrstätte finden. Es muß durch die Solidarität der Arbeiterbewegung gelingen, die große Spanne zwischen der Versicherungssumme und den Kosten eines zweckmäßigen Neubaus zu verringern. Vorläufig sind alle Inzassen des Heims in dem neuen Gebäude der Saushaltungsschule und in inzwischen aufgestellten Baracken untergebracht. Der Betrieb wird weitergeführt. Alle sind gern dort geblieben und warten auf den Wiederaufbau ihres schönen Heimes. Es darf in unserer Arbeit keine Lücke entstehen. Wir brauchen den Immenhof, um unsere Ziel näher zu kommen! Wir helfen alle; wer uns helfen kann, der tue es. Auch die kleinste Summe ist ein Baustein. Spenden erbiten wir für den Hauptauschuh für Arbeiterbewegung, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7/8, Postchecknummer Berlin 5982, einzuzahlen.

**Das lohnt sich!** Im „Deutschen Bankangehörigen“ finden wir folgende interessante Mitteilungen: „Bankangestellte haben die Mitglieder des Direktors des Reichsbank außerhalb der Reichsbankbestellung. Er erhalten einschließlich der Zulage ein Jahresgehalt von 180 000 Mark; der Präsident bezieht 240 000 Mark jährlich. Scheidet ein Mitglied des Direktors ohne Verzicht seines Einkommens als Abfindung! Jedes Mitglied des Direktors erhält demnach beim Ausscheiden 1 Million 400 000 Mark, der Präsident etwa 2,75 Millionen Mark. Ungleich die gleichen Verhältnisse bestehen bei der Hauptverwaltung der Reichsbank. — Wer diese Zahlen liest, dem bleibt die Luft weg vor Erstaunen, wieviel Geld man im „armen“ Deutschland verdienen kann — vorausgesetzt, daß man an der richtigen Stelle sitzt! Dagegen sind die Reichsminister und selbst Hindenburg die ärmlichsten Waisenknaben!

**70 Proz. Dividende für Vorzugsaktien!** Die Vogelländische Spinnweberei A.-G. hat vor Jahren Vorzugsaktien ausgegeben, die mit siebenfachem Stimmrecht aus-





### 300 Arbeiter decken den ganzen deutschen Türenbedarf.

Auf dem Verbandstag des Holzarbeiterverbandes hielt der Verbandsvorsitzende Tarnow eine interessante Rede über Löhne und Probleme der Rationalisierung. Die Rationalisierungserfolge in der Holzindustrie wurden dort auf Grund eigener Erhebungen ausführlich behandelt. Ganz gewaltige Leistungssteigerungen sind in den letzten Jahren in der Holzindustrie erzielt worden. In der Möbelfabrikation wurden Leistungssteigerungen innerhalb weniger Jahre von weit über 100 % erzielt. Damit geht ein Sinken der Zahl der Facharbeiter einher. Von 1913 bis 1929 senkte sich der Prozentsatz der Facharbeiter in einer Möbelfabrik in Berlin von 83 auf 37, in einer Schloßfabrik in Eisenberg von 81 auf 35, in einer Kleinfabrik in Finsterwalde von 61 auf 13 usw. Also eine sehr fühlbare Strukturveränderung in der Holzindustrie. Die Steigerung der motorisierten Betriebe springt in die Augen. Sie bedeutet den Umschwung der Arbeiterkraft von 2 Millionen Holzarbeitern in Form von Ratschlägen. Tarnow ist die Zahl der Beschäftigten in der Holzindustrie von 1895 bis 1925 um 60 % gestiegen. Interessant war folgende Feststellung: In einer modern eingerichteten Hamburger Türenfabrik stellen 300 Arbeiter, worunter sich sieben Facharbeiter befinden, an einem Tage 500 Türen her. Auf eine Wohnung sechs Türen berechnet und bei der Annahme, daß wie bisher jährlich etwa 200 000 Wohnungen gebaut werden, ergibt sich ein Bedarf von 1 200 000 Türen. Nach der obigen Leistung würden 300 Arbeiter je Tag 5000 und im Jahr 1,5 Millionen Türen, das heißt den Türenbedarf für den ganzen deutschen Wohnungsbau decken können. Das sind Aussichten und Möglichkeiten einer technischen Entwicklung, die man kaum für möglich hielt und die damit vielleicht auch ihr Ende noch nicht erreicht hat. Vielleicht kommen wir zu einem Zustand, den Tarnow durch ein Zitat des Betriebswissenschaftlers Schmalenbach folgendermaßen kennzeichnet: „Das Ziel ist die menschenlose Fabrik. Das Ideal der weiteren technischen Entwicklung ist, den Zustand zu erreichen, wo bloß noch jemand an einem Schalterknopf steht und drückt, und sonst muß der ganze Betrieb automatisch laufen.“ Wenn es auch noch etwas dauert, ehe wir zu diesem Zustand gelangen, so nähern wir uns ihm doch sehr merklich. Und immer brennender wird die Frage, was wird aus den Menschen, die aus dem Produktionsbetrieb ausgegliedert werden? Damit wird sich die Menschheit, werden sich namentlich die verantwortlichen Stellen in den nächsten Jahren sehr eingehend zu befassen haben. Die Arbeiterbewegung wird ihr Teil zur Lösung dieses brennenden Problems beitragen müssen. Es geht um Sein oder Nichtsein!

### Die größten Konsumvereine Deutschlands.

Die Konsumgenossenschaftliche Macht strahlt naturgemäß am sichtbarsten dort aus, wo zusammengeballte Menschenmassen wohnen. So ist es denn auch kein Wunder, daß in den großen Städten die größten Konsumvereine sind. Jedoch hat die Umfänglichkeit dieser Konsumvereine nicht die gleiche Reihenfolge wie die Größenordnung der Städte. Vor dem Kriege hatten die beiden Konsumgenossenschaften Leipzig und Dresden die höchsten Umsätze. Die Umsätze der fünf größten Konsumvereine im Geschäftsjahr 1913/14 waren (in Millionen Mark): Hamburg 23,5, Berlin 17,3, Dresden 25,4, Leipzig 27,1, Essen 15,1. Im Geschäftsjahr 1928/29 hatten die Umsätze folgende Millionenziffern erreicht: Hamburg 82,5, Berlin 68,2, Dresden 56,9, Leipzig 45,4 und Essen 32,3. Wenn der Umsatz im letzten Friedensjahr gleich 100 gesetzt wird, so ergeben sich folgende Verhältniszahlen:

Konsumgen.	1913/14	1924/25	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29
Hamburg	100	165	209	250	304	351
Berlin	100	160	190	234	301	394
Dresden	100	78	108	148	187	224
Leipzig	100	70	81	101	140	167
Essen	100	122	140	156	184	213

Diese Aufstellung zeigt, wie mächtig sich die Konsumgenossenschaften aus den mitschlichen Inflationsverhältnissen emporarbeiten mußten. Vests größer ist die Freude, wenn man sich die Entwicklung in den letzten Jahren ansieht. Am besten hat sich Berlin entwickelt. Dann folgt Hamburg, des ferneren Dresden. So groß auch diese Genossenschaften sind, dennoch haben sie noch lange nicht den größten Teil der Verbraucher erfasst. Es ist Aufgabe jedes fortschrittlichen Lohn- und Gehaltsempfängers, für die weitere Stärkung der Genossenschaften tätig zu sein!



**Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter:** Gelperrt ist in Buzscheidung das Baugeschäft Sörensen.  
**Töpfer:** Gelperrt sind in Leipzig die Firma Paul Haubeneißer, Antonienstraße 11, in Berlin die Firma Koch, Frankfurter Allee 73, in Jena die Pfengschäfte Cuslav Neumann, Cuslav Hörnicke und Emil Wöhme, in Burg bei Magdeburg Ublemann, in Essen Fischer, in Landsberg a. W. Carl Grund junior, in Hofenstein-Ernstthal Eugen

Wolf, Ferner ist Bismarck L. P. für Ofenseher gesperrt. In Breslau streiken die Ofenformhilfsarbeiter.  
**Fliegeleger:** Streik ist in Bremen.

**Warnung vor Arbeitsaufnahme in Finnland!** Unz fällt ein Arbeitsvertrag in die Hände, worin sich ein Arbeiter unterschrieben verpflichtet zu Arbeitsbedingungen, die unseren gemerkchaftlichen Grundrissen schroff ins Gesicht schlagen. Es handelt sich um den Bau einer Zellstoffabrik in Finnland. In dem Vertrage verpflichtet sich der Arbeiter, wöchentlich 60 Stunden zu arbeiten, außerdem soll er Ausfallstunden ohne Vergütung nachzuliefern verpflichtet sein. Es können also unter Umständen an einem Tage weit mehr als 10 Stunden Arbeit verlangt werden. In dem famosen Vertrag ist auch von „Überarbeit“ die Rede. Es heißt da: „Als Überarbeit gilt die Leistung über die 60. Wochenstunde hinaus“. Aber dann heißt es, daß für Überarbeit, für Nacht- und Sonntagsarbeit keine Zuschläge bezahlt werden. Das bedeutet, daß die „normale“ Arbeitszeit, die wöchentlich 60 Stunden betragen soll, im gleichen Fehlbetrag auch noch weggeschritten wird. Die Warnung ist nur eine verlaufene Verflechtung, die darin mündet, daß der vertragsschließende Arbeiter unbegrenzt Arbeit zu leisten hat! Es heißt dann weiter, daß im Krankheitsfalle nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bezahlt wird. Wenn Worte einen Sinn haben, so heißt das, daß bei Krankheit nichts bezahlt wird. Ferner heißt es, daß die Unterkunft auf der Baustelle „frei“ sei. Gleich hinterher heißt es, für die Verpflegung seien die festgesetzten Kantinenpreise zu zahlen. Wie die Preise sind, ob sie überhaupt erschwinglich sind, wird nicht gesagt. Ferner soll das Arbeitsverhältnis von beiden Seiten mit täglicher Kündigung gelöst werden können. Das ist ein Vorteil nur für den Unternehmer, denn ein Arbeiter würde aus dem fernen Finnland schwerlich nach Hause kommen, wenn er mit einseitiger Kündigung plötzlich vor das Nichts gestellt würde. Die Fahrkosten werden nur bei der Hinreise vergütet, die Kosten der Rückreise erst bei Beendigung des Baues. Unter allen Umständen wird freie Rückreise nur gewährt nach dreimonatiger ununterbrochener Tätigkeit. Auch die Urlaubsbestimmungen sind reichlich verkaulert. Jedenfalls können wir vor Abschluß eines solchen oder ähnlichen Arbeitsvertrages nur dringend warnen. Leider können wir die Firma, die einen solchen „menschenfreundlichen“ Vertrag abschließen will, nicht namhaft machen, wir ersehen aus dem Schriftstück nur, daß der Vertrag in Dortmund und abgeschlossen wurde. Wir warnen dringend vor Abschließung solcher Verträge!

## AUS DEM ARBEITSRECHT

Eine Kündigung wegen gemerkchaftlicher Betätigung ist auch dann nach Artikel 159 Abs. 2 der Reichsverfassung nicht, wenn sie form- und fristgerecht vorgenommen worden ist. Es genügt, daß ihr nachweisbar ein koalitionsfeindliches Motiv anhaftet.

Das Reichsarbeitsgericht hat nunmehr erfreulicherweise in einer Entscheidung eine klare Stellung eingenommen. Die bisher von vielen Arbeitsschiedern vertretene Auffassung, daß eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses allein wegen des Grundes, aus dem heraus sie ausgesprochen wurde, und auch wegen des Zweckes, den sie erstrebt, niemals ein gesetzliches Verbot oder die guten Sitten verletzen und daher nichtig sein könne, wird zurecht abgelehnt. Auch hat das Urteil zurecht die strittige Frage entschieden, ob eine Kündigung wegen gemerkchaftlicher Betätigung auch dann nach Artikel 159 Abs. 2 nichtig ist, wenn sie form- und fristgerecht vorgenommen und nur dem Motiv nach gegen Artikel 159 verstößt.

Dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 24. April 1929 — Aktenzeichen RA 533/28 — lag folgender Tatbestand zugrunde: Ein Arbeiter war seit etwa 2 Jahren mit kleinen Unterbrechungen bei einer Stadt als Arbeiter beschäftigt. Er ist Vertrauensmann und Kassierer seiner Organisation. Da das Stadtbauamt ihren Arbeitern nicht die Tariflöhne zahlte, kam es zwischen ihr und dem Verband zu Lohnverhandlungen und schließlich, da die Beklagte nicht nachgab, zu einem Rechtsstreit zwischen dieser und den betreffenden Arbeitern, darunter auch den Kläger. In ihm erklärte das Arbeitsgericht die eingeklagten Ansprüche dem Grunde nach für berechtigt. Vorher war eine Güterverhandlung vor dem Arbeitsgericht. Am folgenden Tag wurde dem Kläger sein Arbeitsverhältnis durch ein Schreiben des Stadtbauamts mit der Begründung gekündigt, daß die Stadt wegen finanzieller Schwierigkeiten mehrere in Aussicht genommene Arbeiten habe zurückstellen müssen und deswegen Arbeitsmangel eingetreten sei. Der Kläger behauptet, diese Begründung treffe nicht zu. Vielmehr ist ihm nur deshalb gekündigt worden, weil die städtischen Arbeiter die Tariflöhne verlangt und die Stadt verklagt hätten und weil nach der Meinung des Gemeinderats der Kläger bei der Lohnbewegung eine führende Rolle spielte. Er sei nämlich vor den Gemeinderat gerufen, woselbst ihm eröffnet worden sei, daß er die Gemeindefürsorge veranlassen solle, die Lohnkämpfe zurückzunehmen, da er sonst als erster aus der Arbeit entlassen werden müsse. Diesem Ansinnen habe er abgelehnt. Aus dieser Drohung in Verbindung mit der Tatsache, daß die Kündigung unmittelbar am Tage nach der Güterverhandlung ausgesprochen worden sei, aus deren Verlauf die Beklagte mit einem Unterliegen im Rechtsstreit habe rechnen müssen, sowie aus der Tatsache, daß kein Arbeitsmangel eingetreten und keine Arbeit zurückgestellt sei, gehe mit Sicherheit hervor, daß die Beklagte durch seine Entlassung den Führer der Lohnbewegung habe mahregeln und gleichzeitig auch die anderen Arbeiter habe einschüchtern und ihren Wünschen gefügig machen wollen. Ein weiterer Beweis dafür sei, daß er nicht der Jüngste der Stadtarbeiter sei. Wenn schon eine Entlassung nötig gewesen wäre, dann hätte sie den jüngsten und ledigen Arbeiter treffen müssen. Er sei also durch die Kündigung wegen seiner Zugehörigkeit zum Verbands- und wegen seiner gemerkchaftlichen Betätigung gemahregelt worden. Diese Mahregelung stelle eine durch Art. 159 Verfassung verbotene Maßnahme dar, die nach

der ausdrücklichen Bestimmung des Absatzes 2 selbst rechtswidrig und als Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot gemäß § 134 BGB. nichtig sei. Sein Arbeitsverhältnis bestehe deshalb noch fort. Die Kündigung verstoße aber auch im Hinblick auf ihren Zweck gegen die guten Sitten. Die Beklagte sei ihm deshalb auch aus §§ 226 und 223 Abs. 2 sowie aus § 628 Abs. 2 BGB. schadensfähig. Mit dieser Begründung beantragte der Kläger, die Beklagte zu verurteilen, ihm seinen tarifmäßigen Wochenlohn von 39,84 M. zunächst für die Dauer von 13 Wochen zu zahlen.

Das Reichsarbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht hatten die Klage abgewiesen. Die von dem letzteren zugelassene Revision hatte Erfolg und führte zur Zurückweisung an das Landesarbeitsgericht. Das Reichsarbeitsgericht fällt die oben fassung wiederergebene Entscheidung.

Aus den Gründen: „Das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht haben, ohne auf das tatsächliche Vorbringen des Klägers über Veranlassung und Zweck seiner Entlassung einzugehen, die Klage abgewiesen, weil es ein allgemein anerkanntes Rechtsprinzip sei, daß ein auf unbestimmte Zeit eingegangenes Arbeitsverhältnis von beiden Seiten jederzeit unter Einhaltung der vertraglichen oder gesetzlichen Kündigungsfrist beliebig und ohne Angabe von Gründen, auch aus reiner Willkür, gelöst werden könne, und weil eine Kündigung somit allein wegen des Grundes, aus dem sie erfolge, und wegen des Zweckes, den sie erstrebe, niemals ein gesetzliches Verbot oder die guten Sitten verletzen und deshalb nichtig sein könne. Diese Begründung ist rechtswidrig. Beweggrund und Zweck einer Kündigung können sie sehr wohl als verboten oder sittenwidrig im Sinne der §§ 134, 133, 226 BGB. erscheinen lassen. Eine Kündigung z. B., die einen Arbeiter an der Übernahme oder Ausübung des Betriebsratsamtes hindern soll, verstößt gegen § 95 des ArbZG. und vermag daher gemäß § 134 BGB. keine Rechtswirkung zu äußern. Was hat das Reichsarbeitsgericht schon wiederholt ausgesprochen (vgl. z. B. Entsch. Wd. 3 G. 35 und Urteil vom 20. März 1929 in RA 637/28). Mit Unrecht folgert der Berufungsrichter das Gegenteil aus dessen Urteilen von 4. und 11. Januar 1928 (Entsch. Wd. 1 G. 73, 140/141). In dem zuerst entschiedenen Falle hatte die Revision gegen die Ablehnung des dem § 826 BGB. entnommenen Klagegrundes keine Anträge erhoben, konnte solche auch nicht erheben, weil die vom Kläger aufgestellten Behauptungen, ihre Richtigkeit sei unstrittig, keinesfalls den Tatbestand der genannten Gesetzesbestimmung erfüllten. Der zweiten Entscheidung liegt der Rechtsgedanke zugrunde, daß eine ordnungsmäßige Zustimmung der Betriebsvertretung zur Kündigung eines ihrer Mitglieder diese Kündigung unter allen Umständen zu einer wirklichen Gestalte, da es der Betriebsvertretung obliege, die Frage der Kündigungszulässigkeit nach allen Richtungen hin auch aus dem Gesichtspunkte des § 95 ArbZG. zu prüfen, und daher nach von ihr erteilter Zustimmung für eine erneute Prüfung dieser Frage durch das Gericht kein Raum mehr sei. Beide Urteile beschließen sich also mit der Möglichkeit der Verbots- oder Sittenwidrigkeit einer Kündigung überhaupt nicht. Sie ist aber, wie schon aus dem Urteil vom 24. Oktober 1928 (RA 6 Entsch. Wd. 3 G. 33 ff.) sich ergibt, unbedenklich zu bejahen. Art. 159 Satz 2 der Verfassung erklärt „alle Abreden und Maßnahmen, welche die im Satz 1 gewährleistete Vereinigungsfreiheit einzuschränken oder zu behindern suchen“, für rechtswidrig. Daraus folgt nicht nur, daß sie, soweit

sie auf privatrechtlichem Gebiete liegen, nach § 134 BGB. nichtig sind, sondern auch, daß sie gemäß § 823 Abs. 2 BGB. zum Schadenersatz verpflichten. Unter „Maßnahmen“ im Sinne des Art. 139 a. a. D. fallen aber nicht nur öffentlich-rechtliche Akte, sondern auch private Willenserklärungen und einseitige Rechtsgeschäfte, also auch zur Aufhebung von Vertragsverhältnissen bestimmte Kündigungen. Für sie eine Ausnahme zu machen, liegt kein der Rechtsordnung zu entnehmender Anlaß vor. Das Berufungsgericht erblickt ihm darin, daß die Kündigung — wenigstens in der Regel — ohne Begründung auch aus reiner Willkür erfolgen könne. Es erkennt aber selbst an, daß der Gesetzgeber das freie Kündigungsrecht der Arbeitgeber unterwerfen dürfe und z. B. in den §§ 84 Nr. 1 ff. ArbZG. dem Schwerbeschädigtengesetz und der Einstufungsverordnung auch unterworfen habe. Abgesehen von den ausdrücklichen Kündigungsverboten und Kündigungs-einschränkungen besteht aber der allgemeine Rechtsatz, daß keine Handlung, kein Rechtsgeschäft mit gesetzlichem Verbot oder Geboten oder mit den guten Sitten sich in Widerspruch setzen darf. Dieser Rechtsatz, der in den §§ 134, 133 BGB. seinen Niederschlag gefunden hat, braucht für die Kündigung nicht besonders wiederholt zu werden. Es hätte vielmehr einer besonderen Hervorhebung im Gesetz bedurft, wenn sie von ihm hätte ausgeschlossen werden sollen.

Das Landesarbeitsgericht glaubt, daß bei der hier vertretenen Ansicht über die Anwendbarkeit des Art. 159 Satz 2 Verfassung auf Kündigungen § 84 Nr. 1 des ArbZG. überflüssig gewesen wäre, übersehen dabei aber, daß der Kündigungseinspruch nur die Glaubhaftmachung einer Beeinträchtigung der Vereinigungsfreiheit, ein auf Art. 159 Satz 2 a. a. D. allein oder in Verbindung mit § 823 Abs. 2 BGB. gestützter Anspruch aber den Beeinträchtigungsnachweis erfordert. In dem Urteil vom 26. Januar 1929, RA 6, 231/28, ist bereits ausgeführt worden, daß unter dem § 826 BGB., der unläutere Schadenersatz Dritter im Rechts- und Wirtschaftsverkehr hinfallen lassen will, auch Handlungen fallen, die allein von dem Gesichtspunkte der Willens- und Handlungsfreiheit aus betrachtet, nicht zu beanstanden sind, die aber trotzdem wegen ihrer unläuteren Beweggründe oder ihres unläuteren Zweckes und weil sie in dem Bewußtsein oder gar in der Absicht der Beschäftigung eines anderen vorgenommen sind, gegen das Anstands-, Billigkeits- und Gerechtigkeitsgefühl der Kreise, denen der Handlung angeht, verstoßen. Mit der Berufung auf Willens-, Handlungs- und allgemeine Kündigungsfreiheit allein vermag das Landesarbeitsgericht seine Entscheidung daher nicht zu rechtfertigen. Auch Kündigungen unterliegen, wie alle anderen Handlungen und Rechtsakte, den Vorschriften der §§ 134, 133 und des § 826 BGB., und zwar der des letzteren dann, wenn neben der Sittenwidrigkeit der Kündigung auch dessen übrige Voraussetzungen gegeben sind. Von einer Anwendung des § 628 Abs. 2 BGB. auf den vorliegenden Fall kann allerdings keine Rede sein.

In eine Erwörterung der vom Kläger gegen die Beklagte erhobenen Forderungen einzutreten, ist das Reichsarbeitsgericht nicht in der Lage. Ihre tatsächliche und rechtliche Würdigung muß daher dem Berufungsgericht überlassen werden, an das die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung zurückzuverweisen war.“



# Für Heim und Familie

## Die Wahl der Volksbeauftragten.

Eine Jahresfeier zum 11. November 1918.

Von Max C. S. Tröfl.

Sonne... hellleuchtende, wärmende Sonne lag auf den Straßen der Weltstadt, sprang an den Häusern empor, schloß sich durch heruntergelassene Gardinen, weckte den Spieglbürger, die Hofdamen und Künstler vor gestern aus dem Sonntagsschlaf und ließ zu ihrem Schreck auf ihren feinen gedeckten Kaffeetisch "Die rote Fahne" Liebknechts flattern, die noch am Tage vorher als kalter, treuer Berliner "Lokal-Anzeiger" ausgegeben worden war.

In den Vorstadtvierteln aber schien die Sonne doppelt so hell... draußen in der Weddinggegend, in Moabit, wo die proletarischen Massen eng zusammen wohnen. Der spätrliche Sonntagsgast wurde aus dem Kasten geholt und die Kinder wurden hüßlich herausgeputzt, und Vater und Mutter und Kinder gingen in langen, unendlich schneidenden Reihern aus dem Altkreis zum Zentrum zu. Frühliches Lächeln lag auf aller Jüge. Auf den sonst von Sorge und Kummer und Jünger gebleichen Wangen zeichnete sich das Rot der Freude ein.

Das Bild der im Innern aufstrebenden Masse war — auch wenn sie im Sonntagsschlaf war, wie ein Gefäß, lebendes Monumentalgemälde: "Gefängene, die aus dampfenden Kerkermauern nach langer, qualvoller Saff in die goldene Freiheit marschieren".

Die Arbeiterfamilien aus den Berliner Arbeitervierteln wollten den Tag der Revolution, des Friedens und der Freiheit dort begrüßen, wo das Herz der jungen Republik schlug... im Zentrum Berlins.

Am Alexanderplatz, in der Friedrichstadt, unter den Linden ballten sich die Menschenmassen zu bedrückender Enge zusammen. Der Weg zu einigen Hinterquadern der Friedrichstadt und zum Schloß war von revolutionären Gruppen abgesperrt. Ehemalige kaiserliche Offiziere, durch den Umsturz verurteilt geworden, schlossen aus feigem Hinterhalt, aus Dachluken, die sie durch Gefäßschleichen vom Dachziegel geschaffen, hinter herabgelassenen Gardinen auf die Menge. Die Polizei in höchster Potenz steuerte sich am Marktplatz ab, aus dem Offiziere und aufgepöbeltes "Jugenddeutschland" mit schweren und leichten Maschinengewehren auf die Menge und nach der Umfassung auf die Revolutionsstruppen blindwütend schossen.

Nur der Besonnenheit und dem katkräftigen Eingreifen unserer wackeren Kämpfer für die neue Freiheit ist es zu danken, daß die Berliner Revolutionsstage im Verhältnis zu der Größe der Bewegung nur wenig Opfer forderten. Haben doch die "Jugenddeutschland" mit leichten Maschinengewehren sogar von der Kirche am Alexanderplatz auf die Menschenmenge, auf Frauen und Kinder geschossen.

Das waren die Früchte der militärischen Jugendereziehung. So rasch spielen sich die Ereignisse ab, daß es heute nach Jahren schwer fällt, aus der Erinnerung heraus alles genau wiederzugeben.

Die äußerlichen Geschehnisse treten in den Hintergrund... verblissen gegenüber den Empfindungen, die uns in diesen Tagen freudigen Erlebens nicht zum Schlafen kommen ließen.

Nachmittags 5 Uhr: Konstituante des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates im Zirkus Busch. Um den Marktplatz tobten noch heftige Kämpfe, von dem aus die verbrecherischen alldeutschen Schlingen den freien Platz vor dem Zirkus mit Maschinengewehren beschießen konnten.

Es dämmerte schon, als ich Vertreter der Zentrale des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates für das Wolffsche Telegraphenbüro auf weiten Umwegen — das große Schloßviertel war wegen der Schloßbesetzung — mich zum Zirkus begeben konnte. Der letzte Rest des Weges mußte durch Gemeindehüter, das vom Schloß herüber kam, genommen werden. Diese sonderbaren Heiden, die auf dem Dach des Schloßes Maschinengewehre aufgestellt hatten, mußten Lunte gerochen haben, daß die wichtigste Veranstaltung der Revolution, die über die Zusammenfassung des Rates der Volksbeauftragten beschließen sollte.

Und was das Bedenklichste war: die Einigkeit der Volksbeauftragten herbeiführen sollte. Wir Mehrheitssozialisten gingen mit allen Hoffnungen in die Versammlung. Wir sagten uns: wenn jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen sein sollte... wann dann? Jetzt ist die Stunde, da alles Trennende, alle Differenzen ins Ozean gestürzt werden müssen. Eine neue Zeit ist angebrochen. Unter das Kapitel Vergangenheit der Kriegspolitik gehört ein dicker Strich gemacht. Wir müssen uns zusammenfinden.

Wie bitter wurden wir enttäuscht. Auch diese erschütternden, zukunftsreichen Tage hatten bei den Radikalen nicht die Führer, die hier das erlösende Wort gefunden hätten. Häften wir in diesen Stunden unsere Gesichtskennntnisse ausgepackt, dann wäre uns eingefallen, daß bei allen großen Revolutionen die radikalen Kurzsichtspolster auf eine Spaltung hinarbeiten zum Nachteil aller Revolutionen.

Von dieser Stunde an blickte der Rückmarsch in die Reaktion hinein. Ein geeintes Proletariat hätte den sozialistischen Staat über den für Sozialisten selbstverständlichen Weg der Demokratie vorkämpfen können.

Wenn ich heute nach Jahren in großen Strichen das Bild dieser Konstituante impressionistisch aufzeichnen versuche, dann heben sich folgende Einzelheiten deutlich heraus: Auf der Tribüne des Vorstandes Ebert, Liebknecht, Thälmann, Liebknecht, Dr. Cohn, Frau Juchacz, Barth und viele andere Arbeiterführer.

Der Zirkus ist fast bis zur Gänze von den Gewählten der Arbeiter und Soldaten besetzt, die nach schärfster Kontrolle der Ausweise zugelassen worden waren. Unten, in der Manege haben sich vornehmlich die Delegierten der Soldaten versammelt.

Barth, der Unabhängige, den ich damals zum ersten Male sah, wüßte ich ein Wilder gegen die Sozialdemokraten. Liebknecht schlägt in die gleiche Kerbe. Noch hat er den Haarschnitt des Zuchthaus, in das die brutale wilhelminische Willkür gegen ihn gebracht hatte. Seine Ausführungen fanden starken Beifall auf der linken Seite des Hauses, aber desto lärmender zusammengefaßten auf der rechten Seite. Die beiden radikalen Gruppen verlangten die alleinige Besetzung des Rates der Volksbeauftragten unter völliger Ausschaltung der Mehrheitssozialisten. Sie wollten keine Einigkeit vom ersten Augenblick der Revolution an.

Ebert sprach eindringlich... vermittelnd. Jugendliche Spartakisten drangen auf die Vorstandsbühne, überklebten die Barriere und machten unaufhörlich störende Zwischenrufe. Barth sprang auf Ebert in einem Ausbruch seines langweiligen Temperamentes während zu, als wenn er ihn erwidern wollte. Barth und andere Radikale verlangten nachdrücklich die alleinige Besetzung des Rates.

Die Einigung schien gescheitert.

Und ich sah alle, ograute Kämpfer, die dard still vor sich hinweinten. Da erhob sich von unten aus der Arena herauf das Wort: Wenn keine Einigkeit zustande kommt, ist die Revolution für sich.

Barth sprang auf einen kleinen Tisch und schaute die Situation der Radikalen zu reifen. Er sagte das Meer der erregten Soldaten zu glücken. Doch vergebens. Immer wieder riefen diese nach oben zum Vorstandstisch: "Wir wollen die Einigung! Sonst verhandeln wir nicht weiter! Nothwehr soll reben!"

Und Nikenhuber, der Soldat, der Jüngere, sprach und fand treffliche Worte für die Notwendigkeit der Einigkeit.

Und dann kam diese denkwürdige Versammlung in der Versammlung. Unten in der Arena lagten die Soldaten, Barth oben am Vorstandstisch war dagegen machtlos. Ihre Einschließung forderte energisch die Einigung.

Barth suchte verzweifelt mit den Armen in der Luft herum, aber das sah er schon damals ein, daß man ohne Soldaten nicht gut eine Revolution machen kann. Zerknirschung gab er nach und trat für paritätische Zusammenfassung des Rates der Volksbeauftragten ein.

Drei Mehrheitssozialisten: Ebert, Scheidemann und Landsberg, und drei "Unabhängige": Haase, Wittmann und Barth wurden gewählt.

Die Soldaten hatten am 11. November 1918 die Revolution gesehrt.

Aber das ist eben das Historische dieser prononcierten Konstituante der Novemberrevolution, daß die U.S.P. und die Spartakisten kein Zusammenarbeiten mit den Mehrheitssozialisten von der ersten Stunde der Revolution wollten. Wenn sie schließlich notgedrungen für die Parität eintraten, so taten sie es nur unter dem Zwange der prachttollen Haltung der Soldaten. Den Einischigen war es damals schon klar, daß dieser Zirkus nicht von nicht allzu langer Dauer sein konnte, denn Parteiengeißel, die nur durch Disziplin lebensfähig bleiben können, haben auf die Dauer kein Interesse an einer praktischen Regierungstätigkeit.

Aber man male sich die Enttäuschung aus, die die Revolution genommene hätte, wenn wir ein geeintes Proletariat, eine einzige große Partei mit dem 9. November gehabt hätten. Mit doppeltem, dreifachem Schwung wäre es zu

den Nationalwahlen gegangen. Wieviel Hunderttausende haben seitdem die U.S.P. und K.P.D. für Versammlungen, Plakate, Zeitungen ausgegeben... nur, um ihre Brüder von gestern zu bekämpfen. Wieviel geistige Kräfte hätten sich vereinigen können im Kampf gegen rechts. Die absolute proletarische Mehrheit der Nationalversammlung wäre erreicht worden. Wir hätten dann über dem Weg der Demokratie die einzig mögliche und einzig banernde Diktatur des Proletariats gehabt.

Diese Zerspaltung des Proletariats hat uns um diese Früchte der Revolution gebracht, Märkte die Reaktion und hat das Tempo zum rein sozialistischen Staat unverantwortlich verlangsamt und tut es noch heute.

Spät nachts war die konstituierende Versammlung der jungen Republik zu Ende. Ich feuerte dem Zeitungsbüro zu, um die Meldung durch W.Z. an die Presse gehen zu lassen. Die Straßen waren leer. Nur die revolutionäre Kampfgarde kontrollierte die nächsten Passanten auf ihre Beweise hin. Eine Tag über der zweiten Revolutionsnacht. Nur ab und zu klafften von der Friedrichstraße her Reiterkarabiner und Infanteriegewehre einiger noch nicht abgefaßter voll gemordeter Monarchisten.

So rasch haben nie die Herzen geschlagen wie in diesen Tagen. Nach Rat und Tod und Mut und Zwang ging es ja der Freiheit entgegen. So unergreiflich schön waren diese Berliner Revolutionsstage, daß alle Worte, die sie schildern wollen, verklungen wie eine ausgespielte Melodie. Ich greife nach ihnen.

Über die, die ich fasse, zerrinnen mir wie schmerzhaft Gebilde in den Händen. Sie sind mir zu schön... nicht kräftig... nicht körperlich genug, um das zu sagen, was uns in diesen sonnenstarken Berliner Novembertagen bemagt hat.

## Die Wichtigkeit der Kurzschrift.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wir sagen hierzu: Wenn sie gebildet ist! Die Grundlage aller Bildung ist neben dem Hören von Vorträgen die Schrift, das gedruckte Wort, ist Studieren und Lesen. Wer aber mit Augen lesen will, der muß auch schreiben können. Lesen und Schreiben gehören zusammen. Ohne diese Kenntnisse kann heute der einfache Arbeiter nicht mehr auskommen. Und weil das arbeitende Volk die Schule in jenem Alter verlassen muß, in dem die geistige Entwicklung des Menschen erst beginnt, wird das Erlernen in der Regel nicht weitergeführt. Das ist der Grund, weshalb das arbeitende Volk im allgemeinen nur oberflächlich lesen und ganz schlecht schreiben kann. Deshalb bezeichnet man es als ungebildet.

Wir müssen uns selbst helfen. Besonders hilfreich die veraltete Schreibschrift — die obendrein noch mit einer schwierigen Rechtschreibung belastet ist — das große Hindernis im geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse. Bevor mit dieser langwierigen Schrift ein Satz niedergeschrieben ist, ist der andere wieder vergessen. Viele lassen darum das Schreiben gleich ganz sein.

Diese Fesseln müssen wir mit kräftigem Rücksprenge. Wir müssen die Volkskurzschrift zur allgemeinen Verkehrsschrift erheben. Überall auf wirtschaftlichem Gebiete ist das Proletariat am Werke, sich frei zu machen von den überlieferten Einrichtungen einer untergehenden Gesellschaft. Mehr und mehr muß den sozialen Erfordernissen Rechnung getragen werden; in der Erzeugung sowohl als auch im Verbrauch und in der Verwendung. Aber noch tiefer müssen wir dringen, an die Wurzel. Selbstkritik und Lehrgesinnung müssen den Geist der neuen Zeit atmen, erst dann kann der neue Mensch werden.

In erster Linie ist die Schrift die Trägerin aller Bildung und alles Wissens. Die Kurzschrift muß an die Stelle der Langschrift treten; die Arbeiterklasse muß ihre Einführung als allgemeinen Unterrichtsgegenstand für die Volksschulen fordern.

Die Lere der Bildungswissenschaften stehen sperrangelsweit auf. Lernen wir durch Selbstschulung die hinderlichste Volkskurzschrift, damit schaffen wir uns jenes Maß von Vorbildung, das heute unerlässlich ist zum Führen des Existenzkampfes!

## 1918: Der glühende Funke.

Im Siegestanneel schwebten Wölfer, Ueber Schloßbesetzer sprachen im Jubel die Sieger. Die Kanonen brüllten nicht mehr; Nicht mehr rauchten die Trümmer verwüsteter Städte, Verjüngter Dörfer. Aus Höchern steigen die Besiegten, Grau, zermürbt, verblüht. Sie schleichen über Leichenfelder. Stamm, groß, heimwärts. Dörfer, Städte tauchen auf aus Wästen; Rahmen fallen; Kinder jubeln. Männer hallen drohend Flüche. Mütter schreien: "Sind dir Verfluchter! Mörder meines Kindes! Was ist das der? Sieger, Besiegte — Menschen aus gleichem Stoff... Da nach es den kernigen Mann. Die Finke greift er den scurvier Genf. In Spitter hauf er den Schaf. Ohnmacht umschloß ihn: Heimat! Weib, Kind, Juch komme! Juch komme! Auf vielen Straßen jagen so Kolonnen; Tage um Tage, Wochen um Wochen. Ein riesiger glühender Funke wälzt sich heim...

**Achtung! — Wahlfahrtenpene.**

Du vielgeplagtes Arbeitstier, Werich die Dinge richtig! Es liegen Wahlen vor der Tür — Jetzt bist du jedem wichtig!

Unterhat von allen brüderlich Wählst du mit klarem Verstand: Wen willst du wählen und wirtst um dich Und meinst nur beim Sinne!

Denkst nicht du wie von Panik Durch vorgerendete Stieber, Sie schwärz'n Erfüllung jedem Wunsch Und noch etwas brüderlich!

"Für dich!" Das ist das Selbstgespräch Der auf's Manabai Bedachten, Um wieder, ist die Wahl vorbei, Als Kulpe dich zu achten!

Arbeiter recht und links zu laut — Jene, das im Schwindeln groß ist! Sperr Augen du und Ohren auf, Dann merkt du bald, was los ist!

Das Stirn entschuldigt! Nicht das Maul Für dich gilt unumstritten: Wahlsrecht ist Wahlrecht! Es nicht faul Wahrheit kommt unter'n Schiltel! Rag Wolmann.

„Reformisten für den Zehn-Stunden-Tag.“

Unter dieser fetten Ueberschrift lesen wir in der Nummer 228 des kommunistischen Halleschen „Klassenkampf“ folgende Warnnachricht:

„Bei der „Wolfsjama“ Philipp Holzmann, die zurzeit einen Kohlenbunkerbau in Preußen ausführt, wurde an die dort beschäftigten Zimmerleute das Annehmen gestellt, zehn Stunden zu arbeiten. Entschieden darüber, verweigerten die Zimmerleute die längere Arbeitszeit. Sie wandten sich dieserhalb an den Vorsitzenden der Zehner-Zahlschle des Baugewerksbundes. Wer nun glaubt, daß von der Seite des Organisationsvertreter etwas unternommen würde, der irrt sich. Wörtlich erklärte ein Vertreter des Vorstandes: „Ich kann nichts gegen die 10 Stunden Arbeit unternehmen. Da verdient ihr doch wenigstens ein paar Pfennige Geld mehr...“

Diese ungläubliche Haltung hat bei den Kollegen das letzte bißchen Vertrauen zur Gewerkschaftsführung zerstört. Die gesamten Zimmerer folgen den oppositionellen Kollegen. Sie halten am 8-Stunden-Tag fest.

Jeder im Gewerkschaftsleben der Bauarbeiter Kundige sieht dieser Art sofort den dicken Schimmel an. Wenn Zimmerer wenden sich in solchen Dingen nicht an eine Baugewerkschaft, sondern an ihre eigene Verbandsleitung, richtig ist nur, daß an die beim Kohlenbunkerbau Beschäftigten das Annehmen gestellt wurde, zehn Stunden täglich zu arbeiten. Dies ist abgelehnt worden. Damit fällt der ganze kommunistische Schwanzel in sich zusammen. Zum Ueberflus schreibt uns noch unsere Zehner Baugewerkschaftsleitung folgendes: „Es ist ersunken und erlogen, daß sich die Zimmerleute an den Vorsitzenden der Zehner Zahlschle des Baugewerksbundes gewandt und von einem Vertreter des Vorstandes die Antwort erhalten hätten: „Ich kann nichts gegen die 10 Stunden Arbeit unternehmen, da verdient ihr doch wenigstens ein paar Pfennige Geld mehr.“ Kein Wort ist hieron wahr! Jeder Versuch, in unserer Baugewerkschaft die achtstündige wöchentliche Arbeitszeit zu verlängern, wird von uns sofort unterbunden. Es wird nicht erst gewartet, bis ein bißchen kommt, wie der, der den Bericht an den Halleschen „Klassenkampf“ eingesandt hat, und uns hierzu zu veranlassen sucht. Unsere anfälligen Kollegen treten nur ein, wenn irgendeine Hallesche Firma in unserem Gebiet arbeiten ausführt und ihre sogenannten „Stammansichten“ mitbringen, die dann wie beim Bunkerbau in Großhain 10-12 Stunden arbeiten, so daß wir damals aber die Hallesche Firma Hermann Meise die Sperre verhängen müssen.“

Dem haben wir nichts mehr hinzuzufügen. Die Kommunistenpresse hat sich den Betrug anerkoren, die freien Gewerkschaften zu verleumden und zu beschmutzen. Wer an einer solchen „Partei“ als Gewerkschafter nach Gefallen findet, dem ist nicht zu helfen. Der Tiefstand an Moral ist heute eine jämmerliche Zeitercheinung. Er wird eifrig gefördert von den Extremisten, die den linken und rechten Flügel der politischen Parteien Deutschlands bilden. Jämmerlicher Klatsch und Tratsch und böshafte Verleumdung bilden ihr „geistiges“ Waffenarsenal. So etwas hält sich nicht lange. Es erstickt an der eigenen Gemeinheit.

Die Umwandlung der russischen Agrarverfassung.

In der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte Arthur Feiler, ein bekannter Wirtschaftspolitiker, seine Eindrücke von seinen Reisen in Sowjet-Rußland. Sein Buch „Das Experiment des Volkswirtschafts“ wird demnächst erscheinen. Es soll hier nicht über den gesamten Inhalt der höchst ausführlichen Beiträge gesprochen werden. Vielmehr soll allein das Problem der russischen Bauernschaft herausgegriffen werden, da gerade gegenwärtig der Sowjetstaat den Versuch macht, die Grundlagen der Bauernwirtschaft entscheidend zu ändern und auch diesen größten und ausgedehnten Teil der russischen Bevölkerung in eine kollektive, sozialistische Wirtschafts- und Lebensform einzugliedern. Damit wäre zum erstenmal die Existenz der individuellen bäuerlichen Wirtschaft, die sich bisher in allem Wandel der Wirtschafts- und Gesellschaftsformen halten konnte, zugunsten kollektiver Gemeinschaften in Frage gestellt.

„In sich bedeutete die russische Revolution zunächst eine ungeheure Stärkung und Befestigung des Bauerntums. Die bäuerliche Schuldneckschaft und sämtliche noch bestehenden feudalen Lasten fielen mit einem Schlage weg. Der Boden, bisher nur zum geringen Teil im Besitz der Bauern und meist nur durch Pachtvertrag vom Großgrundbesitzer gepachtet, kommt mit einem Male unbesetzt ohne irgendwelche Rentenabfindung in den Besitz und die Verfügungsgewalt der Bauern. Nach den Berechnungen der russischen statistischen Zentrale sind es volle 140 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Flächen gewesen, einst der Zarenfamilie, dem Zirkus, dem Großgrundbesitz zugehörig, die dem Bauern zufielen. Gegen diese bäuerliche Wirtschaft, ihrem Wesen nach individuell, richtete sich seit zwei Jahren planmäßig und zielbewußt die neue russische Agrarpolitik, die sich die Aufgabe stellt, auch die Landwirtschaft in den großen Prozeß der Sozialisierung einzubeziehen, indem der einzelwirtschaftliche Bauer zugunsten kollektiver Wirtschaftsformen mehr und mehr zurückgedrängt wird. Zwar wendete sich die neue ökonomische Politik (Zem) des Jahres 1921 in keiner Weise gegen den Bauer, dessen privatwirtschaftliches Erbehen sie sogar begünstigte, da sie davon eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität erwartete. Die Gründung und der Ausbau der landwirtschaftlichen Genossenschaften (Produktions-, Absatz- und Kreditgenossenschaften) nach deutschem und dänischem Muster geschah nicht so sehr, um eine der kollektiven Verfassung der Landwirtschaft nachstehende Organisationsform zu entwickeln, als aus dem gleichen Grunde der möglichen Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität. Seit 1927 jedoch die neue Periode der agrar-kommunistischen Umwälzung der russischen Landwirtschaft ein, ein Versuch, der im Gegensatz zu den vorerzählten Versuchen eines beschlossenen Gemeinschaftslebens auf dem Lande, wie sie in den ersten Jahren der Revolution ziemlich willkürlich erfolgten, eine planmäßige, mit ganz großen Mitteln durchgeführte Aktion des Staates darstellt. Die Technik ist dabei der Schrittmacher auf diesem Wege. Man rüstete Traktorenstationen ein, mit 200 bis 300 und mehr Traktoren, die über alle Hilfsmittel sowie über geschultes technisches und landwirtschaftliches Personal verfügten. Diese Zentralfstellen schloßen mit den Dörfern ringsherum Verträge ab, wonach sie einseitig das Land bestellten, mit einseitig ausgedehntem Saugzug die Wecker einluden, während ein Gegenleistung die Eingabe eines Teils der Ernte vereinbart wird. Damit aber schwindet die individuelle Landwirtschaft zugunsten einer kollektiven Landbestellung, die es möglich macht, nach einheitlichen Grundregeln die richtige Fruchtwechselfolge, die ordnungsgemäße Düngung und Bearbeitung des Bodens durchzuführen. Dieses ist die Grundlage für die Herausbildung immer höherer Formen kollektivistischer Landwirtschaft. Auf dieser Grundlage werden die drei höheren Formen aufgebaut: 1. die Genossenschaft zur gemeinsamen Bodenbenutzung, 2. das Arzel und 3. die Kommune. In der ersten, der niedrigsten Stufe der Sozialisierung, legen die Bauern nur das Land zusammen, das sie gemeinsam bearbeiten, während der Ertrag auf den einzelnen nach Art und Größe des eingebrachten Landes, nach dem Maße der von ihm beigebrachten Maschinen und Welpantialitäten und den von ihm geleisteten Arbeitsstunden verteilt wird. Alles übrige aber bleibt individueller Besitz: das Haus, die Arbeitsgeräte, das Vieh, der Garten usw. In der nächst höheren Stufe, dem „Arzel“, werden das gesamte Nutzvieh, die Wirtschaftsgenstände und überhaupt sämtliche Produktionsmittel in die Genossenschaft zu gemeinsamem Eigentum eingebracht. Der Jahresertrag wird auf die einzelnen entsprechend dem dargelegten Verfahren verteilt. Die Kommune, die höchste Stufe in diesem Kollektivierungsprozeß, bringen nicht nur die Gemeinschaft des Besitzes, sondern auch der Lebensführung. Während im Arzel die Familien noch in ihren eigenen Häusern leben, in denen sie den auf sie entfallenden Ertrag verzehren, wohnen in der Kommune die Menschen in großen Gemeinschaftshäusern mit gemeinsamen Speisekellern, Kesseln und Leerdäumen zusammen, und auch alles andere Leben spielt sich gemeinsam ab. Für die Kinder, die Kranken und Alten sorgt die Gemeinschaft durch besondere Einrichtungen, deren Kosten vorweg aus dem Gesamtertrag bestritten werden. Wenn auch so das ganze Leben kollektiviert ist — denn bei dieser Art der gemeinsamen Lebensführung ist auch der Verbrauch zum größten Teil gemeinsam, so daß dem einzelnen nicht mehr als ein Taschengeld

bleibt —, so herrscht doch die Geldrechnung nach wie vor, die eben nichts mit dem Wirtschaftssystem zu tun hat, sondern deren Beibehaltung auch hier reinen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten entspricht. Entscheidend ist, daß diese letzte und höchste Form kollektivierter Landwirtschaft, wie noch neuerdings eine Parteiresolution ausdrücklich hervorhebt, das Ziel ist, demgegenüber die zuerst geschilderten Formen nur als Uebergangsstufen Berechtigung haben. Verstärkt wird das Bestreben nach immer weiterer Kollektivierung durch die mit größter Energie verfolgte Tendenz, durch Zusammenlegung immer größerer Einheiten zu schaffen. Gerade gegenwärtig sind Kleinprojekte in Arbeit, wonach Kommunen von 10 000, ja 12 000 und 16 000 Hektar Größe entstehen sollen. Schon jetzt steigt die Zahl der Menschen, die in diesen neuen Organisationsformen leben, rasend schnell an. Gegenwärtig dürften fünf Millionen Menschen diesen Kollektivformen angehören. Ende nächsten Jahres sollen es bereits 13 Millionen Menschen, das sind 3,5 Millionen Haushaltungen, sein, während die von diesen Betrieben bebauten landwirtschaftlichen Nutzfläche 13 Millionen Hektar umfassen soll.

Neben den Kollektivformen ist noch eine neue Form sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe entstanden: die Getreidefabrik. Die riesenhaften früheren Staatsgüter, die noch jungfräulichen Boden der weiten Steppen, die sich für landwirtschaftliche Kultur eignen, sind in erster Linie die Orte dieser neuen Organisationsform, die auf den Menschen überhaupt verzichtet, die auf betriebe menschlicherem Raum nur noch die Maschinen und die Natur arbeiten läßt. Die größte dieser staatlichen Getreidefabriken heißt „Gigant“. 130 000 Hektar umfaßt dieses größte Staatsgut, von dessen Boden bisher etwa die Hälfte, 62 000 Hektar, in Kultur genommen und zum größten Teil mit Weizen und Gerste angebauet ist. Nur neun Tage waren notwendig, um mit 400 Traktoren, von denen jeder 16 Stunden am Tag in zwei Schichten arbeitete, und mit fast 2500 Arbeitern die ganze riesige Fläche herzuräumen, das heißt zu pflügen, eggen, walzen, einzufahren usw. Die Arbeiter wurden zu diesem Zweck aus der nächsten und weitesten Umgebung herbeigeholt, kampierten in Zelten und wurden aus Feldkochen versorgt. Selbstem liegen die riesigen Landstrecken menschenleer, insofern selber grünen Getreides, bis im Herbst 6000 Menschen kommen sollen, die in zwei bis drei Wochen dieses ganze Gebiet abernnen werden. Dem Einwand, bei so einseitiger Bestellung bestände immer die Möglichkeit, daß durch Witterungsunbilden der ganze Ertrag zugrunde geht, läßt die Sowjetregierung nicht gelten, da in den verschönten Landstücken mit ihren Verschönerungen durch das Klima selbst ein Ausgleich geschaffen würde. 44 solcher staatlichen Getreidefabriken sind bisher schon gegründet, davon sechs zu je 22 000 Hektar, neun bis zu 30 000 Hektar, neun bis zu 40 000 Hektar, zehn bis zu 50 000 Hektar und zehn über 50 000 Hektar. Zahl wie Umfang sollen in den nächsten Jahren mächtig erweitert werden. Während gegenwärtig die Staatsbetriebe nur 2 Proz. der Bodenfläche einnehmen, sollen dieselben 1928/29 bereits 25,5 Proz. einnehmen, um dann ständig in verstärktem Maße zuzunehmen. So ist das Ziel klar. Der Bauer erlebt eine entscheidende Wandlung in seinem gesellschaftlichen Sein: aus einem individuellwirtschaftlichen Wirtschaftler wird er zum „Arbeiter in der Agrarfabrik“, der sich von den anderen Arbeitern nur noch ebenso unterscheiden wird, wie der Arbeiter in einer Branche von dem anderen einer Branche. Der Bauer wird Arbeiter und so auch in seinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensverhältnissen der proletarischen Arbeiterklasse eingegliedert, die Träger des Staates sein soll.

Ein Umwandlungsprozeß ungeheurer Ausmaßes, denn es handelt sich um 130 Millionen Sowjetbauern, und ungeheurer Bedeutung nicht nur für Rußland, sondern auch für die gesamte Welt. Ob das russische Experiment gelingen wird, steht noch aus. Neben den Schwierigkeiten organisatorischer Art werden allergrößte Schwierigkeiten menschlicher Art sich ergeben, die notwendig aus einer so grundlegenden Veränderung aller bisherigen Lebensformen erwachsen. Der Sowjetstaat wird alle Maßnahmen, namentlich Kampfe mobilisieren, der zugleich über sein eigenes Schicksal die Entscheidung bringen wird. Es wird unerlässlich sein, die hier angeheuften Entwicklung mit aller Aufmerksamkeit zu verfolgen, unbeschadet unserer schärfsten Ablehnung der sowjetistischen Herrschaftsmethoden.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 14. Oktober 1929.

Table with columns for 'Berichtsbereich', 'Anzahl der Baugewerkschaften', 'Anzahl der Mitglieder', and various trade categories like 'Baumeister', 'Schlosser', etc. Includes a summary row at the bottom.



ganzen Wirtschaftsbetriebe Deutschlands in bezug auf die Verminderung der Kosten und die hierdurch eintretende Erhöhung der Lebenshaltung. Am Schlusse seiner Ausführungen betont Herr Kiskner, daß der konsumfähige Inlandabsatz in der Zukunft noch große Entwicklungsmöglichkeiten habe. Mit Inlandabsatz scheint er allein die Betriebserweiterungen und sonstige Ausweitungen des Produktionsapparates zu versehen. Kiskner scheint nicht zu wissen, daß alle Betriebsvergrößerungen schließlich für die Kaufkraft, wenn nicht die breite Masse des Volkes die herauskommenden Güter zu konsumieren vermag, Betriebe werden zu ausgebliebenen Fabriken, wenn sie nicht durch breite Massenkaufkraft am Leben erhalten werden. Immerhin muß man sich die Auswirkungen Kiskners merken. Sie sind typisch für die Anschauungen mancher Industrieller.

Die Berliner Verkehrswirtschaft.

Das äußere Merkmal einer so großen Stadt wie Berlin ist der Massenverkehr. Der Beförderung von Menschen muß in einer Millionenstadt die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der innere Stadtteil Berlins ist hinsichtlich der Verkehrswege auf eine Stadt von 500 000 Einwohnern zugeschnitten. Mittlerweile sind es 4,3 Millionen geworden. So ist es schwer, den Massenverkehr zu bewältigen. Die maßgebenden öffentlichen Verkehrsmittel, Straßenbahn, Omnibus und Untergrundbahn, waren vor noch nicht langer Zeit zum Teil in privaten Händen. Ende des vorigen Jahres wurde eine Zusammenfassung dieser drei Verkehrsmittel in eine große Gesellschaft, Berliner Verkehrs-A.-G., mit einem Aktienkapital von 400 Millionen Mark vorgenommen. Obwohl die Berliner Verkehrs-A.-G. als Aktiengesellschaft gegründet wurde, ist sie doch ein rein kommunales Unternehmen. Es ist erfreulich, daß sich die Berliner Verkehrsverhältnisse ganz gewaltig gebessert haben, seitdem der sozialdemokratische Einfluß bei der Stadt Berlin wirksam ist. Die Reorganisation ist auf die Initiative der Arbeitervertreter zurückzuführen. Entscheidend mitgewirkt hat dabei der Stadtrat Gensse Reuter, der auch im Aufsichtsrat den Vorsitz führt. In der Direktion der BVAG sitzen zwei Sozialdemokraten, die Genossen Majerczyk und Zrolat.

Die Redakteure der Gewerkschaftszeitungen hatten kürzlich Gelegenheit, die Anlagen der BVAG zu besichtigen. Was dabei vor allem in die Augen fiel, ist die Größe und technische Vollkommenheit solcher Anlagen. So sehen wir den Straßenbahnhof in der Müllerstraße, der 300 Wagen faßt und von einem Block moderner Wohnungen umgeben ist, ferner den Omnibusbahnhof in Tempelhof nebst Werkstätte für den Bau und Umbau von Wagen. In einer Anlage wurde dann von dem Direktor Majerczyk auf die Bedeutung eines solchen Riesenunternehmens mit 40 000 Arbeitkräften hingewiesen. Die Gewerkschaftsredakteure konnten aus diesen Darlegungen in ein Gebiet eingeführt werden, das ihnen sonst fremd ist.

Ueber den Umfang des Berliner Verkehrs mögen folgende Zahlen und Vergleiche einen Begriff vermitteln: Von Straßenbahn, Omnibus und U-Bahn wurden im Jahre 1928 insgesamt 1387 Millionen Fahrgänge befördert. Diese hintereinander aufgestellt, ergeben eine Strecke von 584 000 Kilometer, die die Entfernung bis zum Mond (400 000 Kilometer) erheblich übersteigt. Das Straßenbahndepot hat eine Länge von 654 Kilometer Doppelspurs. Die Länge der einzelnen Straßenbahnlinien zusammen beträgt 1188 Kilometer eine Entfernung, die der Luftlinie Epikhonen-München entspricht. Interessant ist es, daß die Straßenbahn das rentabelste Verkehrsmittel ist. Je Wagenkilometer werden bei der Straßenbahn 46,3, dagegen beim Omnibus 82,3 ausgegeben. Die Spitzensöhne der Schöpfer und Zugbegleiter betragen 1924 48,3 und Ende 1928 110,3 je Stunde. Eine systematische Verkehrspolitik, wie sie die BVAG treibt, ist nur auf gemeinschaftlicher Grundlage möglich. Die meisten Straßen der Stadt Berlin fanden nicht eine solche Berücksichtigung, wenn in erster Linie der Verkehrsleitungsstand im Vordergrund stände. Den Ausbau der Ausfallstraßen, die Verbindung der neuen Wohngebiete miteinander und mit der Innenstadt ist eine Verkehrspolitik auf weite Sicht und erleichtert vielen Eohn- und Geschäftsreisenden den Weg von und nach der Arbeitstätte. Eine gute Verkehrspolitik ist in einer Stadt wie Berlin ein soziales Problem. Des-

halb muß auch die Pionierfähigkeit der Arbeitervertreter in solchem Verkehrsbetrieb höchste Unterfertigung finden, was am besten geschieht durch die Wahl der sozialdemokratischen Listen am 17. November!

Die neue Konzentrationswelle.

Eine neue Welle der Konzentration geht über die deutsche Wirtschaft. Es ist heute noch durchaus ungewiß, welche Unternehmungen in Zukunft noch ihre Selbständigkeit behalten werden. Der Wallungsprozess ist eng verbunden mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt. Namentlich in Europa, wo sich teilweise aus handwerksmäßigen Betrieben die kapitalistische Industrie entwickelt hat, ist auf immer neuen Gebieten eine fortwährende Umwälzung und Zusammenfassung von Betrieben zu größeren Wirtschaftseinheiten notwendig gewesen. Mit dem Eintritt in die Stufe der Massenproduktion mußten auch große und leistungsfähige Unternehmen vorhanden sein, die Massenprodukte herzubringen. Sinzu kommt der Wachstumsprozess der kapitalistischen Wirtschaft an sich, Mechanisierung des Produktionsprozesses. Die hier gekennzeichnete Entwicklung war bereits in der Vorkriegszeit in starkem Maße verwirklicht worden. Nach dem Kriege setzte eine neue Welle der Konzentrationsbewegung ein. Die Inflationzeit wirkte wie ein warmer Regen für das Emporblühen großer Konzerne und wirtschaftlicher Einheiten.

Nicht alles, was sich unter den anormalen Währungsverhältnissen und deren Auswirkungen zusammengefunden hatte, ist später lebensfähig geblieben. Aber nachdem wieder mit festen Währungsgrundlagen gerechnet werden

Einigkeit macht stark!

„Volk erwache!“ Dieser Mahnruf an dich, Du immer nur schaffende Klasse. Volk erwache! und wehre dich Gegen die, die dich ansehen mit sichbarem Hass. Zeit geschlossen auf, wie jene, zu jeder Zeit, Denn des Volkes Macht liegt in der Einigkeit!

„Volk erwache!“ und einnist dich der Kraft, Die du unbenutzt häuflig in dir verborgest. Verwende sie, damit sie Kräftiges schafft, Und räume hinweg die unnötigen Sorgen, Denn ersehnte Zukunft und bessere Zeit Steigt nur in des Volkes Einigkeit!

„Volk erwache!“ Und laß dich nicht knechten Von jenen, die sich wägen vor Arbeit. Und erfüllst die Pflichten frag nach deinen Rechten Und fordere das, was dir bei ihnen steht zu. Du erreichst viel, wenn du nur bist bereit Zu zeigen deine Macht, die Einigkeit!

W. Stiebel, Dresden.

konnte, ging die Konzentration von anderen Grundlinien aus, die eine viel größere Haltbarkeit versprechen. Hatten wir in der Inflation mit der Bildung von vertikalen Konzerngebilden zu rechnen, so ging die Zusammenfassungsbewegung in den Jahren seit 1924 hauptsächlich auf horizontaler Basis vor sich. Nicht mehr war es das Bestreben, die Produktion von Rohprodukt bis zum Fertigfabrikat zusammenzufassen, sondern man suchte hauptsächlich gleichartige Betriebe zum Zwecke höherer Wirtschaftlichkeit miteinander zu verbinden. Die letzte Art der Zusammenfassung kann man als die Rationalisierung bezeichnen, die nur zum Teil die Grundlinien gemein, die der Konzentration der Vorkriegszeit zugrunde lagen. Waren es ehemals Gründe großer Kapitalistischer und eine gewisse Fülle des Reichtums, die leistungsfähige Industrieerwerbsverhältnisse, Widerleistungsfähigkeit aufzuzwingen, so ist es heute vorwiegend anders. Im Zeitalter der Beherrschung, hervorgegangen durch den nationalen und internationalen Konkurrenzkampf finden sich Betriebe zusammen, die nur einen Punkt auf ihre Selbständigkeit verzichten lassen.

Die Kapitalistischer und das eiserne Maß, eine rationale Betriebsführung unter allen Umständen zur Durchführung zu bringen, sind die wichtigsten Sessel der modernen Konzentrationsbewegung. Deutschland hat sich bewußt in den Prozess der Amerikanisierung gestürzt. Es

stand vor der Frage, den alten Weg des Großkapitals mittels Sparfamkeit und Beschränkung zu gehen oder das Tempo der Industrialisierung und der Konsumausweitung einzuschlagen. Man glaubte, die Wege der Wirtschaft und der Kapitalistischer durch schnelle und starke Rationalisierung besser überwinden zu können. Es läßt sich darüber streiten, ob der von Deutschland eingeschlagene Rationalisierungsprozess nicht als überflüssig gelten kann. Namentlich wo die eigene Kapitalbildung in Deutschland zu einer solchen gewaltigen Umstellung nicht anreicht und infolgedessen Auslandskapital in großem Maße herangezogen werden mußte. Wie dem aber auch sei, es gibt auf dem einmal eingeschlagenen Weg kein Zurück mehr. Aus dem Standpunkt der Arbeiterklasse ist die Tendenz der neueren Entwicklung zu begrüssen. Einmal mußten und doch diese Periode der Rationalisierung durchschreiten. Und im Zuge alles dessen liegt auch der in manigfachen Formen durchgeführte Zusammenfassungprozess, der wohl noch lange nicht sein Ende erreicht haben wird. Sinzu kommt noch das Eindringen des ausländischen Großkapitals in das Gehege der deutschen Industrieunternehmen. Wenn wir einen rohen Ueberblick machen und einzelne Industrien betrachten, so ergibt sich folgendes Bild: Die Lokomotiv- und Waggonindustrie war weitgehend überflüssig und ist jetzt auf wenige Großunternehmen konzentriert worden. Alle, seit Jahrzehnten bestehende Werke mußten sich umstellen oder werden abgerissen. Das Gleiche ist der Fall in der Automobilindustrie. Von den in der Inflation bestehenden ungefähr 75 Unternehmen, die Kraftfahrzeuge bauten, sind nur noch ganz wenige übrig geblieben. Auch diese letzteren wissen nicht, ob sie ihr Programm durchzuführen der Lage sind. Sinzu kam noch, daß die amerikanischen Großkonzerne in die deutsche Automobilindustrie einbrangen und hier revolutionierend wirkten. In der Montanindustrie ist der Wallungsprozess schon seit Jahrzehnten im Gange. Aber auch hier ergeben sich wieder neue Zusammenfassungsmöglichkeiten, die teilweise schon weit vorgeschritten oder wenigstens geplant sind. Die einstmals starke Schmelzindustrie ist in hohem Maße überflüssig. Ein typisches Beispiel aus der Weiterverarbeitung ist die Kugellagerindustrie. Der schwedische Kugellagertrust hat ungefähr zwei Drittel der deutschen Fabriken geschluckt und der Rest hat Maße, die gegen die überlebende Konkurrenz zu wehren. In der Luftschiffahrt sind auf den einzelnen Strömen wenige Großkonzerne maßgebend. Die Seeschiffahrt wird beherrscht von den beiden Riesen Harap und Norddeutscher Lloyd. Wenn diese sich auch ziemlich feindselig gegenübersehen, so ist es aber nur noch eine Frage der Zeit, wo sie zusammenkommen. In der elektrotechnischen Großindustrie bahnen sich wirksame Umwälzungen an. Der neugebildete Konzern der Schwachstromindustrie ist unter weitestgehender Beteiligung amerikanischer Großkapitals vor sich gegangen. Bei der UEG und der Osram O. m. b. H. haben amerikanische Großunternehmen nicht geringen Einfluß erlangt. Die letzteren Vorkehrungen haben zu jenen Auseinandersetzungen geführt, die zwischen Siemens und der UEG vor wenigen Tagen in aller Öffentlichkeit ausgetragen wurden. In der Textilindustrie, der Kunnseide und vielen anderen sind ebenfalls weitgehende Zusammenfassungen durchgeführt.

Es ist also ein Umwälzungsprozess, dessen Ausgang niemand voraussehen kann. Gefördert wird die Konzentration durch die Vorgänge im Bankwesen. Bereits auf der Industriekongress in Düsseldorf hat ein maßgebender Mann der Deutschen Bank, der die Zusammenfassungen in einigen Industrien maßgebend gefördert hat, angegeben, daß „in einer ganzen Reihe von Industrien große Zusammenfassungen notwendig sind, die allein es gelassen werden, wenigstens die notwendigen Voraussetzungen für eine Gesundung zu schaffen. Die Erkenntnis ihrer Zwangsläufigkeit wird sich meines Erachtens unaufhaltsam durchsetzen, und es wäre dringend zu wünschen, daß die eigene Initiative alle persönlichen und traditionellen Hemmungen weitestgehend überwindet und dem, was sich sonst zwangsläufig abspielen wird, rechtzeitig zuvorkommt.“ Das war ein sehr deutlicher Wink mit dem Zaumfahl. Der kürzlich stattgefundenen Zusammenfassung der beiden Großbanken kann an dieser Entwicklung nicht spurlos vorübergehen. In hunderten von Unternehmen sind die Deutsche Bank und die Disconto-Gesellschaft im Aufsichtsrat vertreten. In 35 großen Industrieunternehmen hat ein der beiden Institute den Vorsitz im Aufsichtsrat inne. In 54 weiteren Unternehmen haben sie den Posten des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden bekleidet. Solange sie selbständig waren, hatten sie ein Interesse daran, ihre eigene Einflüsse nicht zu verkleinern. Diese Rücksichtnahme ist jetzt fortgefallen. Es sieht durchaus nicht mehr im Wege, daß die vereinigte Großbank in den von ihr beeinflussten Industrieunternehmen Wandel schafft und Kombinationen durchführt, die sie im Interesse der Industrie und schließlich zu ihrem eigenen Wohl für notwendig erachtet. Die D.-B.-Bank kann nicht mehr ruhig zusehen, wenn sich Industrieerwerbe im Konkurrenzkampf leidenschaftlich bekämpfen oder sich gegenseitig bei ihrer Entwicklung im Wege stehen. Man wird den Weg beschreiten, das kann gleichartige Werke zusammenfassen, um so eine höhere Wirtschaftseinheit zu schaffen.

Der Konzentrationsprozess wird sich also in den nächsten Jahren in schnellerem Gange fortsetzen. Die Arbeiterklasse muß rechtzeitig diese Tatsachen erkennen und sich darauf einrichten. Wir können diese Rationalisierung nicht verhindern. Was wir aber zu tun vermögen, ist rechtzeitiges Prüfen der eigenen Kraft. Mühen wir feststellen, daß sie nicht ausreicht, um diesen Großkonzernen der Privatwirtschaft als geschlossene Kraft entgegenzutreten zu können, dann müssen die Voraussetzungen hierzu geschaffen werden. Sie liegen einerseits in der Reformierung der Gewerkschaftsbewegung zu großen Industrieverbänden und andererseits in der Aufspeicherung und Verwirklichung eigener Machtmittel. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der fünf Millionen Arbeiter hinter sich hat, und jährlich über eine Einnahe von rund 220 Millionen Mark verfügt, ist bereits eine Großmacht, die aber noch wesentlich vervielfacht werden kann, wenn die Gewerkschaftskollegen es nur wollen. Dann brauchen wir die neue Welle der Konzentration nie auch die früheren nicht zu fürchten.

### Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Bezirksarbeitsverträgen.

Bezirksarbeitsvertrag für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums vom 24. Oktober 1929. Beschäftigte im III 3673/83 Zar. — ist der am 10. Mai 1929 abgeschlossene Bezirksarbeitsvertrag nebst Anhang mit Wirkung vom 15. August 1929 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Der Tarifvertrag gilt für alle gewerblichen Arbeiter im Bau-, Maurer-, Zimmerer-, Beton-, Eisenbeton- und Tiefbauindustrie (einschl. der Wege-, Straßen- und Chausseearbeiter, ausgenommen Pfistererarbeiten) im Umfang der allgemeinen Verbindlichkeit des Reichsarbeitsvertrages vom 30. März 1929. — Der räumliche Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit erstreckt sich auf Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, einschl. des pommerischen Teils des Lohngbietes Ribnitz-Damgarten, als dessen äußerste Grenze auf pommerischem Gebiet folgende Orte gelten: Ahrensdorff, Neuenhof, Hermannshagen, Neuenhof, Neuhof, Altenwillersbagen, Trimmillersbagen, Neuenhütte, Neuenhof, Ribnitz, Ribnitz, Grael; ferner des lauenburgischen Teils des Lohngbietes Jarrentin, als dessen äußerste Grenze auf lauenburgischem Gebiet folgende Orte gelten: Tschirn, Elmtenburg, Lashahn, Sakenburg; ferner mit Einschluß aller Enklaven, die innerhalb der Landesgrenzen der Freistaaten Mecklenburg liegen. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 6 (Behandlung von Streikhäftlingen) des Bezirksarbeitsvertrages. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 15. August 1929. — Die allgemeine Verbindlichkeit des Bezirksarbeitsvertrages vom 21. April 1927 nebst Nachträgen tritt mit dem Ablauf der Vereinbarungen außer Kraft. — Die allgemeine Verbindlichkeitserklärung ist eingetragen in das Tarifregister am 26. Oktober 1929 auf Blatt 8703, I. B. Nr. 6.

### Die Zahlstelle des Verbandes der Berliner Zimmerer aufgelöst!

Was schon lange zu erwarten war, ist nunmehr eingetroffen. Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Zimmerer und Berufsgenossen Deutschlands hat die Zahlstelle Berlin seines Verbandes aufgelöst. Jetzt ging es nicht mehr länger um die Frage, ob die Zahlstelle aufgelöst werden sollte, sondern schon seit langem bekannt, war die Zahlstelle Berlin des Verbandes der Zimmerer von Kommunisten geleitet. Sie ist infolgedessen nach Ansicht der „Roten Fahne“ von „revolutionärem“ Geiste erfüllt. Belanglos ist dabei für diese „revolutionären“ Schüler, daß in der Berliner Zahlstelle des Verbandes der Zimmerer etwas über 100 organisierte Kommunisten vorhanden sind, obwohl die Zahlstelle über 5000 Mitglieder zählt. Diese etwas über 100 „Roten“ „revolutionären“ Gewerkschafter hatten es fertig bekommen, alle Versammlungen und alle Beschlüsse der Zahlstelle zu beherrschen. Mit Stolz blühte die „Rote Fahne“ auf ihre Söhne. Die ultra-revolutionäre Politik, kommandiert von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale, wurde prompt durchgeführt. Zentralistische Abmachungen oder erteilte tarifliche Abmachungen bedeuteten nur ein belangloses Stück Papier. Vor allem hatte man den Bogen heraus mit den sogenannten „zwischenparteilichen“ Lohnbewegungen. Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Zimmerer sah diesem Treiben wohl mit gemischten Gefühlen zu, glaubte aber immer noch, die Sache in Güte einrenken zu können. Nun aber wurde durch die neueste Tat der kommunistischen Ortsleitung der Berliner Zimmerer dem Gedankensatz der Zentren ausgeschlagen. Und das kam so:

Die revolutionären, von Deutschen Metallarbeiterverbände abgeschlossenen Rohrlager in Ingolstadt durch Verhinderung der kommunistischen Partei einen wilden Streik. Dieser Streik, geführt ohne irgendwelche Beachtung der gewerkschaftlichen Regeln, ist glatt ins Wasser gefallen. Ren- und demütigt mühten die rebellischen Rohrlager ohne irgendwelchen Erfolg wieder an die Arbeit zurückzukehren. Die kommunistische Presse nennt dies ein Abbrechen des Kampfes, nachdem die „Durchbruchschlacht“ „gewonnen“ ist. Und als dieser regellose Kampf im Juni stattfand, da beschloß auf Vorschlag der Reichsleitung und Schluß eine Versammlung der Berliner Zimmerer, den streikenden Rohrlager 20 000 M zu überweisen. Dieser Beschluß schlug sowohl den Satzungen des DGB, als auch den Satzungen des Zimmererverbandes glatt ins Gesicht. Man beachte:

Eine dem DGB, und dem IGB, angeschlossene Gewerkschaft verwendet Gelder des dem DGB, angeschlossenen Zimmererverbandes zur Unterstützung gewerkschaftsfeindlicher und gewerkschaftsfeindlicher Zwecke! Nunmehr mußte eingegriffen werden. Der Hauptvorstand des Verbandes der Zimmerer löste die Zahlstelle Berlin auf und der bisherige Berliner Ortsvorstand wurde verhaftet, meiste als Ortsverwaltung zu fungieren. Das Konto der Berliner Zahlstelle an der Bank der Arbeiter und Angestellten wurde vom Hauptvorstand gesperrt. Die Antwort einer Berliner Zimmererversammlung darauf war, die „revolutionären“ Rohrlager weitere 20 000 M zu überweisen. Natürlich wurde auch außerdem noch der Beschluß gefaßt, dem Hauptvorstand sofort die Beiträge zu sperren.

Wie wird es nun kommen? Die Reichsleitung und Schluß werden jetzt einen eigenen Laden „revolutionärer“ Überwachung aufnehmen. Das bedeutet Gewerkschaftsperforierung. Die kommunistische Presse jubelt dem zu. Und sie heult im bekannten Jargon hysterischer Mäuler über den „Gewaltakt“ des Hauptvorstandes der Zimmerer. Da wird erzählt von einem „seiner“ „revolutionären Vorgehen“ des Hauptvorstandes gegen die Zahlstelle Berlin. Es wird geschimpft über „sozial-falschliche Gesinnung“, über „Gewerkschaftsfeindlichkeit“, über „Spaltungs- und Auslöschungspolitik“, über „Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse“ und was dergleichen liebliche Dinge mehr sind. Wir sind neugierig, wie sich die Dinge nun weiter gestalten werden. Wir sind neugierig darauf, zu erfahren, ob es einer Sandvoll organisierter kommunistischer Gewerkschaftspalster gelingen wird, eine namhafte Anzahl der Berliner Zimmerer um ihre Taten zu sammeln. Hoffentlich sind die Zimmerer in Berlin nicht so rückgratlos, daß sie dieser Führung ins gewerkschaftliche Verderben ohne Widerspruch folgen; wir erwarten vielmehr, daß sie sich — wenigstens in ihrer großen Mehrheit — wieder um das Banner des selbstbestimmten Zimmererverbandes scharen. Es ist selbstverständlich, daß der Hauptvorstand des Zimmererverbandes alles tun wird, um diesen Kollegen zum Bau zu einer vernunftgemäßen und verbandsstreuen Gewerkschaftsarbeit die Wege zu ebnen.

Im übrigen ist aus diesem Vorgang und seinen Begleiterscheinungen zu erwarten, daß die sogenannte kommunistische Partei alles tun wird, um der Zersplitterung unter den Berliner Zimmerern Vorstoß zu leisten. Dem gegenüber richten wir an unsere Mitglieder des Bauergewerksbundes das dringende Ersuchen, die verbandsstreuen Zimmerer in Berlin in jeder Weise zu unterstützen und zu schützen! Wir haben in Berlin wahrhaftig schon genug an Zersplitterung der Bauarbeiterklasse! Will man diesem unzulässigen Reiz am deutschen Gewerkschaftsbund noch einen weiteren jämmerlichen Zweig zufügen? Das darf nicht geschehen! Es wäre ein Schaden für die allgemeine Bauarbeiterbewegung, wenn der Versuch der Reichsleitung und Schluß Erfolg hätte! Verschärfter Bruderkampf und verfallene Dynamik der Gesamtbewegung wären die Folge. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich diese vom Zaun gebrochene Separatistenbewegung auch auf weitere Orte ausdehnt. Darum Augen auf! Ohren auf! Es gilt allüberall, solcher gewerkschaftlichen Selbstverleugung entgegenzutreten!

Bekämpft allüberall die kommunistische Zersplitterungsbestrebungen! Steht den verbandsstreuen Zimmerern in Berlin auf dem Bau in jeder Weise bei! Unterstützt und schützt sie!

### Berufsschule und Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben immer eine Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Arbeiterklasse zu fördern versucht in der Erkenntnis, daß die Berufsschule dem jungen Menschen beruflich, staatsbürgerlich und menschlich eine Hilfe für das Leben sein soll. Interessant zu lesen sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen im „Volkslehrer“, Organ der Allgemeinen freien Lehrergewerkschaft Deutschlands, die dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossenen ist. Dort heißt es unter anderem: „Die größeren Gewerkschaften lassen in meist monatlicher Folge eigene Jugendblätter erscheinen. Sie sollen in erster Linie der Erziehung des gewerkschaftlichen Nachwuchses dienen. Auch sie sind ein wertvolles unterrichtliches Hilfsmittel für den Lehrer an der Berufsschule. Sie sind

es gegenüber dem Wust der Hilfsblätter, von denen besonders die staatsbürgerlich-volkswirtschaftlichen sehr ausnahmslos in ihrer Gesamtheit wenig fortschrittlich sind. In diesen Jugendbelegungen werden Fragen erörtert, die in das unmittelbare Leben und Erleben des berufstätigen Jugendlichen anknüpfen. Für den Unterricht in Staatsbürgerkunde, Volkswirtschaftslehre, besonders aber für den fachkundlichen wird hier eine Fülle von Material zusammengetragen. Die berufskundlichen Aufsätze stammen meist von Fachleuten aus der Praxis. Sie liefern und festigen für Lehrer und Schüler die Verbundenheit mit dem dauernden technischen Fortschritt. Verbesserungen sozial- und wirtschaftspolitischer Natur nehmen einen breiten Raum ein. — Wir sind als freigeberisch angelegte Lehrkräfte nicht nur an der durch diese Blätter gemachten erlebteren Beantwortung interessiert. Es muß uns selbstverständlich sein, daß der berufstätige Jugendliche sich dort organisiert, wo er seiner Stellung als Arbeiter dort hingehört. Unsere Aufgabe ist es ja nicht, brauchbare Arbeitskräfte für kapitalistische Profiteure heranzubilden, sondern vollwertige Menschen, vollwertig in bezug auf ihre berufliche Leistung, auch vollwertig in Hinblick auf ihre Einstellung zur gesellschaftlichen Entwicklung. Nicht im Sinne kritischen Nachbens irgendwelcher Phrasen und Parolen, aber doch mit deutlicher Abgrenzung gegen die verwerfliche Neutralität des üblichen pädagogischen Betriebes. ... Bedeutet die Verwendung der freigeberischen Blätter im Unterricht nicht eine Verletzung der sogenannten parteipolitischen Neutralität? Solche Einwände werden allen Ernstes auch aus unseren eigenen Reihen gemacht, obwohl mit dem Neutralitätsbegriff eigentlich ausgemacht sein sollte. Nach unserer Auffassung hat die Schule unter anderem die Aufgabe, den Schüler in den Verständnis des sozialistischen Geschehens einzuführen. Wenn sie dieser Aufgabe gerecht werden will, kann sie an so wichtigen sozialen Erscheinungen, wie es die Gewerkschaften und ihre Presse sind, nicht achtlos vorübergehen, wobei nicht verschwiegen werden soll, daß dies tatsächlich geschieht. Die Berufsschule soll gemäß nicht Politik treiben. Sie soll aber den berufstätigen Jugendlichen befähigen, Politik in ihrer gewerkschaftlichen Abhängigkeit verstehen zu lernen. Dazu sind die gewerkschaftlichen Jugendblätter trefflich geeignet. Weil wir uns bei unserer Schularbeit dem Interesse der werdenden Gesellschaft leisten lassen, werden wir bestimmt, zu dem uns in den freigeberischen Jugendzeitschriften gebotenen unterrichtlichen Hilfsmitteln gern und immer wieder zu greifen.

Zus diesen Zeilen, die einen Auszug aus einem Aufsatz sind, ist ersichtlich, daß die gewerkschaftlichen Jugendzeitschriften von den Berufsschullehrern mit höchstem Interesse verfolgt werden. Unsere Jugendzeitung sollte darum auch in die Hände der Berufsschullehrer gelangen. Auch die Bauabendeblätter sollten den Berufsschullehrern und den Lehrern überreicht werden. Ergibt dafür, daß unter „Jugendvorkommen vom Bau“ und die Bauabendeblätter in die Berufsschulen kommen.

### Größere Sparkasseneinlagen eine Wirtschaftshilfe.

Wenn über Kapitalmangel und ähnliche Dinge gesprochen wird, dann wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Kapitalarmut hierzulande auf das Fehlen großer Summen von Sparanlagen zurückzuführen sei. Zum Weispartag wird die Kapitalbildung durch Sparanlagen als wahrer Rettungsanker hingestellt. Es gibt aber auch Leute, die anders denken. Auf der Generalversammlung der Röhner-Werke hielt deren Leiter, Peter Röhner, eine Rede, in der nach dem Bericht des „Berliner Börsen-Couriers“ folgendes zum Ausdruck kam: „Es ist durchaus richtig, wenn man immer wieder hört, daß eine Kapitalbildung in Deutschland bereits vor sich geht dadurch, daß sich die Einlagen der Sparkassen um jährlich über eine Milliarde Mark erhöhen. Da es sich hierbei in der Hauptsache nur um die große Summe der kleinen Sparer handelt, die festes Gehalt und feste Löhne vom Staat und der Wirtschaft beziehen, bedeuten diese Erhöhungen keine wahre Kapitalbildung, im Gegenteil, man muß sie zum Teil als wirtschaftsbehindernd anprechen. Also Herr Röhner ist nicht der landläufigen Meinung, daß Kapitalbildung mit Sparanlagen gleichbedeutend ist, sondern er führt weiterhin aus, daß eine aus der Wirtschaft fließende Kapitalbildung und damit eine Besserung des Inlandgeschäftes nur möglich sei durch eine Steigerung

### Lebendige Geschichte.

Eines der wichtigsten Gebiete, auf dem die Wissenschaft der modernen Arbeiterbewegung von der bürgerlichen Wissenschaft abwich, ist das Gebiet der Geschichtsforschung. Die Methode der Geschichtsbetrachtung, die in den aus der Arbeiterbewegung hervorgehenden wissenschaftlichen Publikationen angewandt wird, unterscheidet sich grundlegend von der Methode allgemeiner geschichtswissenschaftlicher Betrachtungen. Unsere ökonomische Geschichtsauffassung erblickt die inneren Zusammenhänge der geschichtlichen Entwicklung nicht in dem unabhängigen Denken und Handeln der Menschen, sondern sie betrachtet das menschliche Denken und Handeln erst als ein Produkt der vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Kerngedanke der beiden sich gegenüberstehenden Methoden der Geschichtsbetrachtung hat seinen Niederschlag gefunden in den beiden Schlagworten: „Die Wirtschaft ist das Schicksal“ und „Die Politik ist das Schicksal“.

Die ökonomische Geschichtsauffassung stellt natürlich die Erforschung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Vordergrund, während der Mensch, dessen Handeln sich ja erst aus den in gesellschaftlichen Leben genannten Erkenntnissen ableitet, in zweiter Linie ihr Interesse erweckt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, falls man nicht an das Vorhandensein einer unveränderlichen sittlichen Bestordnung glaubt, nur die ökonomische Geschichtsauffassung zu richtigen Schlussfolgerungen führen kann. Andererseits muß anerkannt werden, daß wir es in der Geschichte mit lebendigen Menschen zu tun haben, mit Menschen, die von leidenschaftlichen Impulsen bewegt, der gesellschaftlichen Entwicklung dienlich oder hinderlich sein können. Diese Erkenntnis aber, welche Rolle der Mensch beim Ablauf der geschichtlichen Entwicklung einnimmt, die Erkenntnis, ob er seine Aufgabe richtig oder falsch an-

greift, kann auch nur mittels der ökonomischen Betrachtungsweise gewonnen werden. Dessen ungeachtet bleibt für das Handeln der Menschen im gesellschaftlichen Leben soviel Spielraum, daß auch vom geschichts-ökonomischen Standpunkt aus gesehen eine Betrachtung dieses Menschen schlechthin gerechtfertigt, ja, notwendig erscheint. Von diesem Gedanken geleitet, beurteilen wir den Wert einer ganzen Reihe bedeutender Werke der neueren Geschichtsforschung, die in der Offenlichkeit bereitgestelltes Material erregten und meist weite Verbreitung fanden.

Im Interesse der demokratischen Erziehung unseres Volkes können wir es nur begrüßen, wenn neue Wege zur Darstellung historischer Ereignisse und historischer Persönlichkeiten beschritten werden, neue Wege, die breiten Kreisen des Volkes die Kenntnis der historischen Tatsachen erleichtern. Die Schilderung der Schicksale hervorragender Persönlichkeiten der Geschichte wird zweifellos das Interesse der Masse gegenüber der trockenen wissenschaftlichen Darstellung voraus haben. Die Gefahr eines solchen Geschichtsunterrichts liegt zwar auf der Hand, wenn sich der Autor nicht der rücksichtslosen Wahrheit befleißigt. Die Gefahr einer Ueberschätzung des menschlichen Leistungsmögens in Geschichtsverlauf rückt ebenfalls sehr nahe. Deshalb mußte vernünftigerweise das Lesen solcher Bücher Hand in Hand gehen mit dem Studium geschichtlicher Werke, in denen die ökonomische Betrachtungsweise angewandt ist.

Lebendige Geschichte findet der Leser vor allem in den politischen Biographien Emil Ludwigs, die nicht nur in Deutschland gelesen werden. Ludwigs Werke sind fast in alle Sprachen des Kontinents übersetzt und zählen mit zu den in europäischen Ländern und auch in Amerika meistgelesenen Büchern. Da ist vor allen andern Ludwigs Buch über Wilhelm II. zu nennen. Das Bild, das Ludwig vom letzten deutschen Kaiser entwirft, gibt uns

Aufschluß über die psychologischen Ursachen des Niederganges Deutschlands. Ein Volk, das — wenn auch nur in seinen maßgebenden Führersphären — das Gesicht dieses Kaisers trug, mußte sich die ganze Welt zum Feinde machen. Wir lernen das Bedauern dieses Kaisers begreifen aus seiner geistigen und körperlichen Unzulänglichkeit. Aus diesem Bedauern wächst die Erkenntnis, welche ein furchtbares Schicksal es ist, wenn ein 70-Millionen-Volk von einem einzelnen Menschen beherrscht wird, einem Menschen, der die Verurteilung zur Leistung nicht aus seiner geistigen Fähigkeit, sondern aus dem Vorrecht seiner Geburt herleitet. Dieses Buch Ludwigs ist geeignet, Millionen deutschen Volksgenossen den Gedanken der Demokratie tief im Herzen zu verankern.

Ein weiteres Werk hat Emil Ludwig über „Bismarck“ geschrieben. Dies Buch war unbedingt notwendig im Hinblick auf den Horenauk, der innerhalb des deutschen Volkes mit dem Namen Bismarck noch heute getrieben wird. Wir sehen hier, daß auch ein Mann wie Bismarck der menschlichen Jüge nicht entbehrte, daß er im Grunde ein großer politischer Abenteuerer war. Zwar übertrug er an Geist und Will alle Gegenpoler seiner Zeit, und dadurch konnte er die großen Erfolge seiner Politik herbeiführen, die ihm vor der Geschichte den Ruf des größten deutschen Staatsmannes eintrugen.

Ludwigs bestes Werk neben Wilhelm II. ist unstreifig seine Napoleon-Biographie. Der Geschichtsforscher von heute hat ja genügend zeitlichen Abstand, um ein reines Bild dieses genialen politischen Abenteuerers zweier Jahrhunderte zu gewinnen. Ludwig hat diese große Menge des vorhandenen Materials bewältigt und zu einem in hinreißender Sprache geschriebenen, spannenden Werke gestaltet. Viele Deutsche werden erst aus Ludwigs Buch die wahre europäische Bedeutung Napoleons erkennen, der als Sohn der französischen Revolution dar-



# Gemeindewahlen und Gewerkschaften.

## Wählt sozialdemokratisch!

Am 17. November werden in Preußen, Bayern, Hessen und Sachsen die Gemeindep arlamente gewählt. Soeben ist in Deutschland ein von politischen Strauchrittern aufgezogenes „Volks“begehren von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes klar und deutlich durch Passivität abgelehnt worden. Am 17. November aber gilt es, politische Taten zu vollbringen! Die Bürger, Männer und Frauen der obengenannten Länder haben an diesem Tag darüber zu entscheiden, wer in ihren Gemeinden die Politik „machen“ soll. Die Bedeutung dieser Wahlen ist keineswegs gering, dürfen auch selbst dann nicht unterschätzt werden, wenn man zugeben muß, daß sie nicht den hochpolitischen Charakter einer Reichs- oder Landtagswahl tragen.

Jede Wahl hat ihre Bedeutung! Die Bedeutung der Gemeindep arlamente liegt vorwiegend auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Die Wohlfahrtspflege und das Wohnungs- und Siedlungsweesen sind u. a. zwei Tätigkeitsgebiete von großer sozialer Bedeutung. Soziales Wirken aber ist ohne Arbeitervertreter nicht denkbar. Das soziale Wirken der Arbeitervertreter aber macht sich nicht nur auf diesen beiden Hauptgebieten bemerkbar, sondern es ist wirksam bis hinein in jeden Arbeiterhaushalt. In den Gemeindep arlamenten werden die Preise für die Verkehrsmittel, die Preise für Wasser, Gas und Lichtstrom festgelegt. Auch Hygiene und Sporteinrichtungen sind nach dem Kriege zum großen Betätigungsfeld der Gemeinden geworden. Für die Arbeiterschaft hat auf all diesen Gebieten die Gemeindep arlamente das maßgebende Gewicht, die einen starken sozialistischen Einschlag hat. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist das Betätigungsfeld der Gemeinden in der Nachkriegszeit immer mehr und mehr gewachsen. Alle Gemeinden sollten ihren Namen ehren und wirksam Gemeindep arlamente treiben. Gemeindep arlamente aber wird stets nur da getrieben, wo ihre Vertreter maßgebenden Einfluß haben; am stärksten dort, wo die auf dem Boden der Gemeindep arlamente stehenden sozialistisch denkenden Arbeiter die Mehrheit haben. In den Gemeinden finden wir öffentliche Betriebe, das sind Betriebe, die keinen Unternehmerprofit kennen, in mehr oder weniger großer Zahl. Die Gemeinden betreiben heute Gasanstalten, Wasser- und Elektrizitätswerke. Auch Straßenbahnen und andere Verkehrsmittel sind vielfach im Besitz der Kommunen und so dem kapitalistischen Profitstreben entzogen. Diese Tatsache ist auch der Kernpunkt aller Angriffe gegen die öffentliche Wirtschaft. Besonders die starken Angriffe, die gerade jetzt anlässlich der Sklarek-Verträge von den Vertretern der privatkapitalistischen Wirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft gemacht werden, sind nicht etwa gerichtet auf die dringend nötige Beseitigung von Korruptionen oder auf die Beseitigung der in der kapitalistischen Wirtschaft üblichen Lebensverteilung gemeindlicher Auftraggeber, sondern die Angriffe richten sich lediglich gegen die Gemeindep arlamente als solche mit dem Ziele ihrer Beseitigung. Auch die gemeindlichen und die gemeindep arlamente Betriebe sollen nach dem Willen der kapitalistischen Vertreter dem Profitstreben der Unternehmer unterstellt werden. Was dann aus den gemeindlichen Betrieben werden würde, sehen wir an der Beseitigung der Submissionsringe. Im „Grundstein“ haben wir laufend einige herrliche Skizzen solcher Ringtäuschungen gesehen. Es waren und bleiben Bestandteile der kapitalistischen Profitwirtschaft; sie werden erst mit ihrem Verschwinden absterben. Solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, werden auch die Sklarek nicht aussterben. Welcher oberster Grundzins ist: Produktion um des Profites willen. Gelderwerb und Gewinnstreben ist höchstes Ziel kapitalistischer Wirtschaftsweise.

Im Gegensatz zu dieser Wirtschaft steht die von uns erstrebte Gemeindep arlamente Wirtschaft. Sie ist ein Schritt zur Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, die ein programmatisches Ziel der deutschen Gewerkschaften ist. Deshalb muß auch das Gewerkschaftsmitglied ein gewichtiges Interesse an den Gemeindep arlamente nehmen. Vom Ausgang der Gemeindep arlamente wähle hängt die weitere Förderung und der weitere Ausbau der Gemeindep arlamente Betriebe zu sehen und reichen Gemeindep arlamente Betrieben ab.

Der Bauarbeiter aber muß ein ganz besonderes Interesse an den Gemeindep arlamente haben. Denn heute sind die Gemeinden nicht nur Bauauftraggeber für ihre gemeindep arlamente Werke, sondern sie sind als Verwalter der ihr von ihrer Landesregierung überwiesenen Mittel aus der Hauszinssteuer und als Verwalter eigener Mittel vielfach zum Großbauauftraggeber geworden. In den Händen der Gemeinden ruht heute zum wesentlichen Teil die Wohnbau- und die Wohnungspolitik! Die Gemeinden haben es in der Hand, der Allgemeinheit möglichst umfangreichen Grundbesitz zu sichern, das gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsweesen zu fördern und es der kapitalistischen Profitgier zu entziehen. Die Kommunalpolitik ist nicht nur von Bedeutung für den Wohnungsbauer, sondern auch der Erschaffer der Wohnung muß daran interessiert sein, zu welchen Bedingungen die Gemeinden ihre Mittel zum Wohnungsbau und ihre eigenen Bauaufträge herausgeben. Eine fortschrittliche Gemeindep arlamente Verwaltung wird in weit umfassender Maße auch die soziale und rechtliche Seite bei der Ausführung von Bauwerken beeinflussen. In welchem Umfange das heute schon möglich ist, erleben wir daran, daß von den Gemeinden alljährlich viele, viele tausende Wohnungen vergeben werden. Berlin, Hamburg und andere Großstädte bauen jede jährlich fast zehntausend, manchmal auch noch mehr Wohnungen oder stellen dafür die Mittel zur Verfügung. Tausende von Wohnungen werden auch von den mittleren und kleineren Städten und Gemeinden in Deutschland gebaut. Es gibt wohl kein Dorf in Deutschland, in dem nicht mit Hilfe der Hauszinssteuer Wohnungen gebaut werden. Alle diese Gemeinden haben es in der Hand, bei der Ausschreibung von Bauarbeiten in den Bedingungen dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeiten zu tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgeführt werden. Das aber wird nur geschehen, wenn der Einfluß der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entsprechend stark ist. So beeinflusste Gemeinden können aber nicht nur dafür sorgen, daß unsere Tarifverträge eingehalten werden, sondern sie können auch wirksam dafür eintreten, daß die Arbeiterschutzesetze beachtet werden. Es ist darüber hinaus auch die Möglichkeit vorhanden, über die allgemein geltenden Landesvorschriften hinaus Bestimmungen zu treffen, die dem Schutze der Gesundheit des Bauarbeiters dienen und ihm auch bessere sanitäre und hygienische Einrichtungen auf der Baustelle sichern. Aber damit ist der Interessenskreis der Bauarbeiter an den Gemeindep arlamente noch nicht erschöpft. Ganz abgesehen davon, daß auch er an den Wohlfahrtseinrichtungen, an den Verkehrseinrichtungen und an den gemeindep arlamente Werken mindestens das-

selbe Interesse hat wie alle anderen Gemeindep arlamentebürger, ist der Bauarbeiter noch daran interessiert, daß für alle in den Gemeindep arlamentebetrieben oder in Gemeindep arlamentebegleite auszuföhrten Bauarbeiten auch stets der Lohn gezahlt wird, der für solche Arbeiten im Reichstarifvertrag für baugewerbliche Arbeiten vorgegeben ist. Wir können also feststellen, daß über das politische und soziale Interesse des Gemeindep arlamentebürgers der Bauarbeiter noch ein ganz besonderes gewerkschaftliches Interesse hinsichtlich des Geltungsbereiches seiner tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen hat. Deshalb — aber nicht nur aus diesen Gesichtspunkten — müssen die Bauarbeiter stets danach streben, daß als Vertreter der Arbeiterschaft auch Bauarbeiter in die Gemeindep arlamente entsandt werden, damit die Forderungen, die unser Bund zur Reichsverbindungsordnung gestellt hat, durch sozialistische Mehrheiten in den Parlamenten reiflos verwirklicht werden.

Da die Gewerkschaften keine Partei sind, und deshalb nicht in die Parlamenten politische Vertreter entsenden, so müssen sie sich die Frage vorlegen, welche von all den Parteien, die sich um die Stimmen der Wähler bewerben, für die Vertretung gewerkschaftlicher Interessen in Betracht kommt. Dem politisch Kundigen ist die Beantwortung der Frage nicht schwer. Die bürgerlichen und die Rechtsparteien scheiden, schon weil auf dem Boden der Profitwirtschaft stehend, für den Gewerkschafter von vornherein aus. Neben noch die Linksparteien. Fangen wir mal sozialgenau ganz links an, so sehen wir dort eine Partei, die sich die Kommunistische nennt. Diese Partei kommt eigentlich schon wegen ihrer Ablehnung des Parlamentarismus für die gewerkschaftlichen Gemeindep arlamente wähler nicht in Betracht. Aber darüber hinaus ist diese Partei auch in den Gemeindep arlamenten sehr oft auf der Seite der Reaktionen zu finden. Die Kommunisten sind auch Gegner der Gemeindep arlamente Wirtschaft, sie bekämpfen unsere Bauhüttenbewegung und nicht zuletzt bekämpfen sie die gesamte freie Gewerkschaftsbewegung. Im politischen Kampfe haben die Kommunisten unter völliger Außerachtlassung jedes politischen Anstandes ein System der Unwahrscheinlichkeit geschaffen, das keine Hemmungen mehr kennt. Nach dem Schema ihrer Agitationszentralen stellen sie Anträge, deren Un Sinnigkeit zutage liegt. Am in Arm mit der Reaktion haben sie wiederholt Vorhaben niedergelegt, die im Interesse der Bevölkerung vorgelegt wurden. Sie erinnern nur an die bekannten Vorkommnisse in Leipzig, über die wir seinerzeit im „Grundstein“ berichtet haben, wo die Kommunisten im Stadtparlament dafür sorgten, daß gewisse Bauaufträge nicht den Bauhütten, sondern privaten Unternehmern übergeben worden sind. Das alles bezeugt nicht nur Kapitalisten, sondern auch Anhänger der KPD, „Wahr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ Mit den sogenannten Nationalsozialisten hat die Kommunistische Partei die Wesensart der heutigen extremen Parteien gemein, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Not zu Katastrophe zu treiben. Jede dieser Parteien verspricht sich daraus den besten Erfolg; man hat größte Hoffnungen auf die Gemeindep arlamente gesetzt. Es wird von ihnen fieberhaft gearbeitet. Ihr Kampf richtet sich einzig und allein gegen die Partei, die wir als die einzige Vertreterin gewerkschaftlicher Interessen in den Parlamenten ansprechen müssen: die Sozialdemokratische Partei! Nur diese Partei gibt uns die Gewähr, daß durch aktives Mitarbeiten erfolgreiche Arbeit im Sinne der Gewerkschaften geleistet wird. Während die extremen Parteien lediglich danach streben, sich durch Großmäuligkeit einander zu überbieten, hat sich die Sozialdemokratische Partei für ihre Arbeit in den Gemeindep arlamenten besondere Richtlinien gegeben, die auch der politisch denkende freigebergesellschaftliche Bauarbeiter anerkennen und für deren Durchführung auch er die Macht seines Stimmzettels einsehen muß. Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei, die für die Durchsetzung unserer gewerkschaftlichen Bestrebungen in Betracht kommt. Sie ist auch die einzige Partei, die wirkliche Erfolge aufzuweisen hat. Ohne ihre aktive Mitwirkung wäre das Maß des sozialen Glanzes in Deutschland schier unermesslich. Ohne ihre aktive Mitwirkung in Gesetzgebung und Verwaltung hätte manche sozialpolitische und manche kommunalpolitische Errungenschaft nicht geschehen und Neues nicht geschaffen werden können. Es ist unmöglich, im Rahmen eines Aufsatzes die zum Teil sehr erfolgreiche Arbeit darzustellen, die in den Tausenden von Gemeinden in Deutschland von der Sozialdemokratie geleistet worden ist. Die große Not der Nachkriegszeit hat der Sozialdemokratie überall da, wo sie in der Tagesarbeit der Verwaltung von Gemeinden und Ländern stand, manche Schwierigkeiten gebracht. Gleichwohl hat sie vermocht, vieles durchzuführen, was in der Vorkriegszeit von den herrschenden Klassen vernachlässigt worden ist. Gerade das hat die Reaktion der Sozialdemokratie verabsäumt. Die Sozialdemokratie ist unter den schwersten Umständen mit Erfolg tätig gewesen, die große Schär der Unglücklichen zu sättigen, sie ist mit beinahe bewundernswürdiger Entschlossenheit darangegangen, den Wohnungsbau zu fördern; sie hat alle städtebauliche Forderungen zur Tat werden lassen, die Mietskasernen durch gesunde und freundliche Kleinwohnungen für die Enterteten ersetzt. Man sehe nur in den Städten die Erfolge dieser Bestrebungen, die ihren Ausdruck finden in der Errichtung gesunder und besser Wohnungen und Siedlungen in luftiger Umgebung. Die Namen Friedrich-Ebert-Siedlung in vielen deutschen Städten, der Fuchsenfeldhof in Wien, die Siedlungen Brüg bei Berlin usw. usw. — wer nennt all ihre Namen! — sind beste Beweise einer Nachkriegswohnungs- und Siedlungspolitik, die von der Sozialdemokratie betrieben oder wesentlich von ihr beeinflusst worden ist. Die Sozialdemokraten sind auch auf anderen Gebieten erfolgreich tätig gewesen und haben Verkehre und Kultur im sozialen Sinne praktisch verbessert. Gewiß, es ist noch manches zu tun. Aber auch dies kann nur von denen geschafft werden, die bemessen haben, daß sie etwas leisten wollen und können. Das hat nur die Sozialdemokratie bemessen! Gegenüber ihren Beweisen blieb den Parteien links und rechts von ihr nichts anderes übrig, als durch parteipolitische Gehässigkeit die Urteilslosen gegen die Sozialdemokratie aufzupuffen.

Gelingt es den Kommunisten und ihren reaktionären Verbänden in den Ländern und Gemeinden, in denen die Selbstverwaltungskörper neu gewählt werden sollen, den Vorwahr der Sozialdemokratie aufzuhalten, so werden die Arbeiter den Schäden haben. Denn während die KPD überall der Selbstverwaltung alle heute möglichen Einnahmen verweigert, wollen die Reaktionen zunächst der sozialen Wohlfahrt zuleibe. Das muß verhindert werden! Dazu müssen auch alle Bauarbeiter mit beitragen, indem sie am 17. November in Preußen und in den anderen Ländern, wo Gemeindep arlamente vorgenommen werden, der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme geben. Diese Mahnung richten wir an alle Männer und Frauen, an Jung und alt:

**Bei den Gemeindep arlamente wähle jede Stimme der Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!**

günstig beeinflusst. Sie schiebt die lohnpolitische Verantwortung in hohem Maße der Bureaunkräfte der Schlichtungsbehörde zu, ohne daß diese von sich aus in der Lage wäre, eine weitreichende Lohnpolitik zu treiben. Nur auf dem Boden der Selbstverantwortung in wirtschaftlichen Fragen könne langsam das Verständnis und Gefühl für gemeinsame Notwendigkeiten wachsen. Der Zwang und die bürokratische Lohnbestimmung im Schlichtungsweisen seien grundsätzlich abzulehnen. Ebenso die Abhängigkeit des materiellen Inhalts der Schiedsprüche von Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums. Zwang sei nur da am Platze, wo sich beide Parteien im vor- oder im Falle der Nichteinigung der Entscheidung eines gemeinsamen Vertrauensmannes freiwillig unterwerfen.

Die Aussprache über die beiden Vorträge war sehr lebhaft. Sie fand erst in vorgerückter Stunde ihren Abschluß. Vieles stießen die Meinungen hart aufeinander. Den Standpunkt der Gewerkschaften vertrat in der Hauptsache Clemens Rörpel. Er deckte sich inhaltlich mit dem Vortrage Professor Singheimers. Die Vertreter der Industriellen, in der Hauptsache Professoren und gelehrte Syndizisten, traten mehr oder weniger der Ansicht des Professor Beckeraß bei. Auch ein Fabrikbesitzer, Herr Overbeck aus Eberfeld, nahm das Wort. Seine sozialfeindlichen Anschauungen stießen vielfach auf humorvollen Widerspruch, vor allem, als er die Hungersöhne im faschistischen Italien in Vergleich stellte zu den deutschen Arbeitslöhnen. An die Löhne in Amerika, in England oder in Schweden dachte der Herr nicht im Traum. Dieser Unternehmer repräsentierte sich als Typ des kurzschäftigen eingeleisteten Scharfmachers in sozial- und lohnpolitischen Sinne. Man hatte da vor sich ein Beispiel jener „urdeutschen“ und heute noch maßgeblichen Wirt der deutschen Unternehmertums im Gegensatz zum amerikanischen Unternehmer.

Am zweiten Verhandlungstage sprach Professor Dr. Götz-Briefs von der Technischen Hochschule Berlin über den „wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik“. Er behandelte zunächst die völlig veränderte Lage, in der sich die Sozialpolitik von heute gegenüber der älteren Sozialpolitik befindet. Die ältere Sozialpolitik bewegte sich „auf dem Boden der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“, sie versuchte ihr Ziel durch möglichst reibungslose Einschaltung ihrer Maßnahmen in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang zu erreichen. Sie richtete sich auf den Boden ihrer liberalen Wirtschaftsordnung durch den Hinweis auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen günstigen Auswirkungen, die sie auslöste. Die neue Sozialpolitik ist von der älteren dadurch verschieden, daß sie ein grundsätzliches Primat der Wirtschaft verneint, indem sie sozialpolitische Ziele in gewissem Umfang autonom setzt und die Frage, wie sich die Wirtschaft damit abfindet, einfach der Wirtschaft überläßt. Die autonomie-kapitalistische Wirtschaftsgebarung stützt in stärkstem Umfang auf der sich entwickelnden Autonomie der sozialpolitischen Institutionen zusammen. Darüber hinaus entwickeln sich deutliche Anlässe einer Theorie, die die Primatstellung des Sozialen vor dem Wirtschaftlichen behauptet und die das Wirtschaftliche in dieselbe Position zu drängen versucht, die das Soziale im Zeitalter des Liberalismus besaß, nämlich in die Position der automatischen Folge aus der Mechanik der sozialen Institutionen und Politik. Der Unterschied darf nicht übersehen werden: die neue Sozialpolitik kann das Wirtschaftliche nicht in dem Maße leicht nehmen, wie der Liberalismus das Gesellschaftliche als bloße Begleiterscheinung behandelte, und zwar deswegen nicht, weil diese neue Sozialpolitik in größerem Umfang Politik der Güterverteilung sei; das nötigt sie zwangsläufig zu strenger Beachtung der wirtschaftlichen Ergiebigkeit. Die Sozialpolitik habe sogar in ihrer älteren Form dynamische Rückwirkungen auf die Großbetriebseentwicklung, Rationalisierung und den Konjunkturausgleich gehabt. Heute sei die Sozialpolitik für Kapitalbildung, Preise und Verbrauch von Bedeutung. Die sozialen Einrichtungen seien grundsätzlich zu würdigen für die Lebenssicherung und den Kulturanteil des Arbeiterlebens. Aber Mißstände, insbesondere innerhalb des Versicherungswesens, trägen volkswirtschaftliche Interessen schwerwiegendster Art, schließlich auch das Interesse der Arbeiterschaft an einer günstigen Lohnentwicklung, einer zweckmäßigen Lohnbindung und an einer richtigen Proportion zwischen Kapitalbildung und Sozialaufwand. Das Interesse an weitgespannten sozialpolitischen Leistungen der Werke unter der Bedingung der Produktivität der Wirtschaft und einer auf weite Sicht angelegten Wirtschaftspolitik.

Wir sehen, daß auch dieser Sozialpolitiker aus seiner professoralen Auffassung nicht heraus konnte.

Gleich dem Professor Beckeraß suchte er in möglichst gleichmäßiger Weise seine sozialpolitischen Erkenntnisse zu kräufeln auf Gerechte und Ungerechte. Erfreulich war, daß in der Aussprache die Redner aller Gewerkschaftsrichtungen in gleicher Weise den notwendigen Weiterausbau der Sozialpolitik bekamen. Nur bei dem Redner des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes wäre bei dieser Behauptung eine Einschränkung nötig. Er bewegte sich in solchen Fäulnissen, die nicht recht erkennen ließen, was der Mann eigentlich wollte. Um so erfreulicher waren die Reden der Vertreter der übrigen Gewerkschaften. Den Vogel schloß in der Aussprache unser Genosse Spließ vom Vorstand des DGB. ab. Man streifte sich hier im Grunde genommen nicht um die Sozialpolitik schlechthin, sondern um die Grenzen der Sozialpolitik. Die Reden, die hier gehalten wurden von Unternehmervertretern, zeigten nicht das wahre Gesicht der Unternehmeranschauungen in den Fragen der Sozialpolitik. Wo ist die Grenze? Will man der deutschen Arbeiter- und Angestelltenchaft einreden, daß das deutsche Unternehmertum das eine Viertelprozent Beitragserhöhung, das man von ihm bei der Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes forderte, nicht zahlen könne, daß diese 25 3 je 100 M Lohnsumme wirtschaftlich nicht mehr tragbar wären? Das glaubt eben die Masse nicht, das glaubt kein Mensch in Deutschland! Und wenn man hier sage, aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande müsse die Sozialgesetzgebung international geregelt werden: Wo standen denn bei den Verhandlungen in Genf die Unternehmervertreter, als die Arbeitervertreter dort für eine internationale Regelung der Sozialversicherung eintraten! Sie bekannten sich dort als schroffe Gegner einer solchen Regelung. Und wenn das so ist, dann habe man kein Recht, sich hier hinzusetzen und so etwas zu fordern. Das Höchstmäß von Sozialpolitik sei in Deutschland noch lange nicht erreicht. Glaube man denn in Deutschland auf ewig vom Arbeitsprozeß eine Million Erwerbstätiger und noch mehr auszuspalten zu können? Das verträgt auf die Dauer kein Land! Und deshalb müsse man nach Mitteln suchen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, mindestens stark einzudämmen. Was geschieht heute? Der Wirtschaftslage wird, wo irgend

möglich durchbrochen. Lange tägliche Arbeitszeiten werden genehmigt. Sehr oft wird ohne Genehmigung länger als acht Stunden täglich gearbeitet. Man trifft heute vielfach auf eine zwölfstündige tägliche Arbeitszeit, ja es kommt vor, daß sogar sechzehn Stunden täglich gearbeitet werden. Begnügt man sich allgemein mit dem Achtstundentag, so könnte schon dadurch die große Arbeitslosigkeit eingeschränkt werden. Doch angeht es der stark eingesehnen Rationalisierung der Wirtschaft wird man auch beim Achtstundentag nicht stehen bleiben können. Um fernem Horizont ersehe eine das, was heute schon in Amerika vielfach Gebrauch ist: die fünftägige Arbeitswoche. Und glaube man denn auf der anderen Seite, daß man in der Alters- und Invalidenversicherung den Unterschied in der geistlichen Behandlung der Arbeiter und der Angestellten als Ewigkeitsprinzip erklären könne? Auch auf diesem Gebiete stehen wir noch lange nicht am Ende der sozialpolitischen Weiterentwicklung. Auch dem Arbeiter müsse das Recht gewährleistet werden, im Alter oder bei Invalidität ebenso gut gestellt zu werden wie ein Angestellter. — Mit diesen Ausführungen trat unser Freund Spließ bei den Unternehmervertretern vielfach ins Feindeslager. Dafür erntete er den stürmischen Beifall der auf dem Kongreß anwesenden Arbeiter- und Angestelltenvertreter.

Abschließend sei gesagt, daß die Teilnahme von Arbeitervertretern auf solchen Kongressen unbedingt notwendig ist. Es ist notwendig, daß man das weite Feld der Sozialpolitik nicht nur jenen überläßt, die vom Gesichtspunkt des liberalen Bürgerturns aus die Sozialpolitik betrachten und behandeln, daß man die Einwände des Schwerunternehmertums gegen die sozialen Bestrebungen nicht unwiderrprochen läßt und die Stimme der Arbeiter- und Angestelltenchaft auf solchen Kongressen Gehör findet. Nicht, daß damit eine Besserung in der Anschauung der Schwerindustriellen gegenüber der Sozialpolitik erzielt würde! Aber jene im Besitzbürgertum, die guten Willens sind, werden dann ebenfalls die Stimme des Volkes, hören unferichtet über die Stimmung in den breiten Massen, und sie werden sich von solchen Erörterungen gern ein Stück abschneiden. Darin liegt die Wichtigkeit und der Erfolg für die Arbeiterschaft, wenn ihre Vertreter an solchen Tagungen teilnehmen!

## Internationale Demokratie.

Das Verdienst der gewerkschaftlichen Bewegung ist es, die wirtschaftliche Demokratie in den Bereich der praktischen Staatspolitik gestellt zu haben, weil politische Freiheit ohne wirtschaftliche Macht Selbstheit ist. Mehr und mehr dringt das Bewußtsein durch, daß Demokratie auch aus dem nationalen Rahmen heraus in die internationale Sphäre gezogen werden muß. Das ist die eigentliche Aufgabe des Völkerbundes. Wärrlich, die ersten Jahre Völkerbundpolitik haben nicht gerade vielversprechend aus. Es ist sogar verständlich, wenn so mancher das Gute der in dieser Institution verborgenen Kräfte leugnete. Der Völkerbund war von Anfang an als eine Art Weltorganisation gedacht, der die internationalen Beziehungen der Völker zueinander auf vollständig neuer Grundlage aufbauen sollte. Der Gedanke, wenn 1914 eine ähnliche Einrichtung bestanden hätte, sie die Weltkatastrophe sicherlich verhindert hätte, befehle die besten Geister. Trotz aller Rückschlüsse liegen sie sich nicht fern machen.

Die letzte Septembertagung des Völkerbundes gibt nun Gelegenheit, einen Rückblick auf einen Weltkongreß zu werfen. Und da sei das Urteil schon gleich vorweg genommen: Der Völkerbundgedanke macht Fortschritte, die noch vor zehn Jahren für unmöglich gehalten wurden. Das kam nicht nur in den Reden der leitenden Staatsmänner Ramsay MacDonald, Aristide Briand, Gustav Stresemann zum Ausdruck, sondern auch in dem Antrage der englischen Arbeiterregierung, der von der Notwendigkeit der völligen Reorganisation der Verwaltung des Völkerbundes sekretariats spricht. Doch sei letzteres hier nur angedeutet. Vom gemeinschaftlichen Standpunkt aus betrachtet sind es zunächst andere Fragen, die uns interessieren. Wir denken da an das Problem der Vereinigten Staaten von Europa. Briand stellte das Problem zur Debatte, ohne jedoch konkrete Vorschläge zu machen. Was also soll das Problem? Ist der Völkerbund die Plattform zur Schaffung eines Weltbundes der Völker, warum dann noch ein System der Vereinigten Staaten von Europa? Ist es als Druckmittel gegen Amerika gedacht? Erwägungen dieser Art lauern wohl im Hintergrunde bei den Besprechungen der letzten Tagung. Nichts kann jedoch über die Laifische hinausführen, daß der Völkerbund keine wahre Weltorganisation ist. Amerika weigert sich noch heute, dem Völkerbund beizutreten. Freilich wäre es verkehrt, anzunehmen, Amerika liege unter allen Umständen in Europa seinen Feind. Allerdings hat Europa Grund zur Klage. Da ist das Reparationsproblem, das gerade jetzt wieder der Mittelpunkt aller innerpolitischen Kämpfe in Deutschland ist. Gar mancher verweist, daß fast dreiviertel der gesamten deutschen Reparationslast den Weg nach Amerika findet. Was wir Deutsche in Form von Reparationen an die früheren Feinde abliefern, zahlen diese an Kriegsschulden an Amerika weiter. Wir zahlen so die Kriegsschulden unserer Kriegsgegner. Zweifellos ist dadurch ein recht kompliziertes Weltbild entstanden. Zum anderen liegt auch die wahre Lösung des Reparationsproblems gar nicht in Europa, sondern in Amerika. Nicht mit Unrecht spricht man auch davon, Europa stehe in amerikanischer Fron. Es läßt sich tief blicken, daß gerade das reichste Land am habgierigsten ist. Auch hier zeigt sich das Verderbliche des an den Saaren

herbeigezogenen und zusammengebrachten Volkentums gegen den Young-Plan. Es handelte sich hier um eine Vabanquepolitik schlimmerer Sorte, die da getrieben wurde, wenn sie Erfolg gehabt hätte, nicht zur Vereinigung der Welt, sondern zur weiteren Verwirrung Anlaß gegeben hätte. Wir alle wissen, daß die Reparationslast nicht nur ein Unbüg ist, sondern auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet eine falsche Rechnung darstellt. Einmal wird man auch in der Welt hierauf stoßen. Gerade diese Verhältnisse geben der Idee der Vereinigten Staaten von Europa Gestalt und Inhalt. Als die Idee zuerst entfiand, glaubten viele, hierdurch würden neue und selbstgezügelter Interessengruppen mit neuen Reibungsflächen entstehen. An Stelle der früheren Bündnisgruppen entstanden so „Semipöpar-Gruppen“: Europa, Amerika, Rußland.

Wie die Dinge aber nun einmal liegen, gibt es wirklich keinen anderen Ausweg als die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Heute zeigt Europa das Bild eines in sich gerissenen Weltteils. Amerika aber ist ein in sich geschlossenes Ganzes. Trägt nicht alles, so wenig früher oder später der Pan-Americanismus naturgemäß zum Pan-Europa. Anstatt neue Gefahren in sich bergend, kann die Entwicklung dazu beitragen, solche auszumergen.

Wir sehen vor der Laifade, daß Amerika gar nicht daran denkt, in den Völkerbund zu kommen. Ein einiges Europa könnte aber viel dazu beitragen, Amerika enger mit Europa zu verbinden. So gesehen ist die Idee der Vereinigten Staaten von Europa als eine Art Ergänzung zum Völkerbund entfianden.

Sollt sich auch Amerika vom Völkerbund fern, so hat es doch auch seinerseits seine Hand zur Befestigung des Völkerfriedens gegeben. Ist doch der bekannte Kellogg-Pakt eine Ergänzung zum Völkerbund; während letzterer den Krieg als „letzte Ausflucht“ noch immer zuläßt, schließlich erörtert den Krieg unter den zivilisierten Völkern aus. Dem Völkerbund entfielt so die Pflicht, seine Statuten mit dem Kellogg-Pakt in Einklang zu bringen, was ihm auf der letzten Tagung freilich noch nicht gelang. Es ist aber das Verdienst der vorwärtsstrebenden englischen Arbeiterregierung, das Thema angelehnt zu haben. Man kann also sagen: Doch auch die Entschlung zum wirklichen Frieden nur langsam, sogar sehr langsam voran, so ist doch der Fortschritt in dieser Richtung unmerkbar. Befriedert die von der englischen Arbeiterregierung ausgehenden Anregungen auf wirtschaftlichem Gebiete geben zunächst dem Völkerbund einen neuen Impuls, handelt es sich doch hier um die europäische Wirtschaft. Geht es, die Weltwirtschaft international zu regeln, dann ist der Grundstein zum Gebäude der internationalen Demokratie gelegt. Der Weg zu diesem Ziele mag holprig sein. Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist es, an der Freilegung der Bahn mitzuarbeiten, was sie um so freudiger tut, als gerade sie nichts unverzucht läßt, dem Weltfrieden zu dienen. Sie weiß, daß eine wirkliche Steigerung des Lebensstandards nur in einer auf Frieden aufgebauten Welt möglich ist. Von dieser Warte aus gesehen bedeutet internationale Demokratie eine notwendige Ergänzung der wirtschaftlichen Demokratie.